Nr. 69. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 23. März 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Unsere Postabonnenten

bitten wir, umgehend das Abonnement zu erneuern, damit im Weiterbezuge keine Unterbrechung eintritt.

Die Expedition.

Die blamirten Europäer in Admirals-Uniform.

Wir zeigten kürzlich, wie das Zentrum in der Frage der Bindung des Budgetrechts des Reichstages seine frühere Haltung vollständig preisgegeben hat. Ebenso wichtig ist es, zu untersuchen, ob sich die jetzige Stellungnahme des Zentrums zu den Marineforderungen selbst mit seiner bisherigen Tradition verträgt.

Daß eine Wandlung des Zentrums den Marineforderungen gegenüber eingetreten ist, wird selbst von Seiten der Zentrumsorgane nicht bestritten werden können. Es kommt uns daher in der Hauptsache nur darauf an, den höchst unvermittelten, jeder ernsthaften sachlichen Begründung entbehrenden und darum den Wählern gegenüber unverantwortlichen Umschwung des Zentrums aufzudecken.

Bis zum Regierungsantritt des jetzigen Kaisers ist die Entwickelung der deutschen Marine ziemlich unmerklich und ohne große parlamentarische Kämpfe vor sich gegangen. Das Zentrum hatte keinen besonderen Anlaß, der Flottenfrage gegenüber sich irgendwie prinzipiell zu erklären. Der Flottenetat ging von Jahr zu Jahr glatt durch. Trotzdem hatte schon frühzeitig der findige Chef des Zentrums seine Bedenken, als Deutschland seine unglückliche Kolonialpolitik inaugurirte. Windthorst wies schon früh auf die Gefahr hin, daß eine deutsche Auslandspolitik zu einer Vermehrung der Marine führen müsse, die für das deutsche Volk verderblich werden würde. Schon 1885 schreckte ihn bei der Erörterung eines Nachtragsetats die Befürchtung, daß im weiteren Fortgang der Kolonialpolitik eine Verstärkung der Marine eintreten müsse. Und bei der Berathung der Postdampfer-Subventions-Vorlage im März 1885 wandte sich darum Windthorst ganz entschieden gegen die ganze Kolonialpolitik, deren Folgen, gänzlich unberechenbar, nicht früh genug ins Auge gefaßt werden müßten. „Ich fürchte, daß wir ein böses Erwachen haben werden." Und bei der Etatsberathung 1886/87 präzisirte das Zentrum seine Stellung zu den Marineforderungen durch den Abg. von Huene dahin: „Will man den Marine-Etat entlasten, so muß man der Kolonialpolitik Zügel anlegen." Die Zentrumspresse sprach es unumwunden aus:

„Wir glauben, daß es jetzt die Pflicht unserer Vertreter ist, alle Regierungsforderungen für Kolonialzwecke a limine abzulehnen, desgleichen auch sämmtliche neue Marineforderungen, da die Erhöhung derselben ja durch die Kolonialpolitik veranlaßt ist." („Westf. Merkur.")

Die Gefahr war vom Zentrum also frühzeitig erkannt. Als nun 1888 Kaiser Wilhelm II. die Zügel der Regierung ergriff, da wurde der Entwickelung der Marine besondere Aufmerksamkeit geschenkt; sie wurde mit Hochdruck betrieben; denn Deutschland sollte zur Verfolgung seiner Auslandspolitik in einer starken Marine auch eine schneidige Waffe haben. Der Abg. v. Huene machte sofort auf den Umschwung der Marineverwaltung im Reichstage aufmerksam und stellte fest: Der Marine-Etat ist prinzipiell ein anderer als früher, und er schloß daran den bestimmten Bescheid: „Die Begründung der vorgelegten Denkschrift reicht nicht hin, von uns zu vermögen, auf dem vorgeschlagenen Wege zu folgen." Und Windthorst warnte die Regierungen voll Besorgniß vor dem Drängen der Marine-Enthusiasten. Sie sollen den Bogen nicht so hoch spannen, daß das Volk die Lasten nicht mehr tragen könne. Daß in der Marineverwaltung ein Umschwung eingetreten sei, könne nicht füglich bestritten werden. Die Grundsätze des gegenwärtigen Programms seien vom Reichstage keineswegs genehmigt. Und wenige Tage vor seinem Tode nahm der Führer des Zentrums im Reichstage noch einmal das Wort, um sich gegen die weitgehenden Pläne des Admirals Hollmann, die dieser in der Budgetkommission entwickelt hatte, ganz entschieden zu erklären. Er sprach sich für einschneidende Abstriche am Marine-Etat aus, die auch thatsächlich erfolgten. Der Staatssekretär Hollmann hatte nämlich den Gedanken vertreten, daß Deutschland eine Schlachtflotte erhalten müsse, während früher die Regierung sich stets auf den Boden gestellt hatte, daß Deutschland seine Flotte nur zum Schutze seiner Küsten und seiner Handelsinteressen benöthige. Das Zentrum war es besonders, das ausdrücklich gegen einen solchen Marine-Enthusiasmus ankämpfte.

Zwar wurde Hollmann's Plan vom Reichskanzler im Plenum alsbald vollständig desavouirt, nichtsdestoweniger stellte sich das Zentrum dem Marine-Etat in den folgenden Jahren höchst kritisch gegenüber. Den Etat von 1893/94 fertigte der Zentrumsredner Fritzen mit folgenden Worten ab: Die Steigerung der Forderungen für die Marine sei bei den kolossalen Ausgaben für das Landheer unerträglich. Der Reichstag müsse hier gründlich streichen. Was denn auch genau nach dem Willen des Zentrums geschah. Und dank der entschieden ablehnenden Stellung des Zentrums gegen alle marineenthusiastischen Pläne konnte der Abgeordnete Lieber als Referent der Budgetkommission bei der zweiten Berathung des Marine-Etats 1895/96 im Plenum folgende beruhigende Versicherung abgeben:

„Bis zu Ende dieses Jahrhunderts ist eine Ersatzbauforderung für unsere Hochsee-Panzerflotte nicht zu erwarten. Ausgenommen sind die Ersatzbauten für König Wilhelm und Friedrich der Große, doch werde nur der Beginn dieser Ersatzbauten im Laufe dieses Jahrhunderts zu erwarten sein. Alle einlaufenden Pläne über Vermehrung unserer Hochsee-Panzerflotte müssen demnach als private Zukunftsmusik betrachtet werden."

Schon im nächsten Jahre mußte freilich der nämliche Abgeordnete dem Plenum das Gegentheil von seiner vorjährigen Erklärung mittheilen, nämlich daß im Jahre 1897 die klaren Pläne, die er bezog auf die Verstärkung der Flotte, vorhanden seien, dem Volke vorgelegt werden sollen. Der Zentrums-Abgeordnete Fritzen fand es für rathsam, sich alsbald gegen eine deutsche Weltpolitik und gegen die projektirten Schiffsbauten auszusprechen. Den angekündigten klaren Plan brachte in der That der nächstfolgende Marine-Etat und zwar in Gestalt der Hollmann'schen Denkschrift.

Die Verwirklichung der Pläne Hollmann's wurden aber durch die Opposition des Zentrums noch glänzend zu Fall gebracht. In der Zentrumspresse wurde die Denkschrift des Marine-Amtes in abfälliger Weise abgeurtheilt. Die „Germania" schrieb:

„Herr Staatssekretär Hollmann hat in der Kommission bereits Andeutungen gemacht, die keinen Eindruck hervorrufen können als den, daß wirklich die uferlosen Flottenpläne in Verbindung mit einer Weltpolitik geplant sind. Deutschlands Marine solle nicht mehr eine Flotte zum Schutze der heimischen Küste und zum Schutze des überseeischen Handels sein, sondern eine Kriegsflotte ersten Ranges werden. Ist das für das Deutsche Reich möglich?"

Und in der Budgetkommission waren sämmtliche Zentrumsredner in ihrer Opposition gegen die ungeheuerlichen Pläne einig. Lieber erklärte sich als einen blamirten Europäer und fragte sich, ob nicht ein Ende mit Schrecken diesem Schrecken ohne Ende vorzuziehen ist. Und als im Plenum die nationalliberalen und konservativen Redner sich plötzlich den Hollmann'schen Plänen geneigt zeigen, da sind es die Vertreter des Zentrums, die großspurig den Bewilligungseifer der Kopfnicker geißeln. Abg. Müller-Fulda erklärt:

„Ich muß doch gestehen, daß solche Forderungen, wie sie hier gestellt werden, seit Bestehen des Reiches noch niemals erhoben worden sind. Wir machen es nicht so wie andere Parteien, daß wir sagen, wir werden Abstriche vornehmen, und nachher doch alles bewilligen, daß wir also blos ins Land hinausreden."

Und Abg. Bachem führte im Schlußworte aus:

„Deutschland hat eine Friedenspolitik zu verfolgen, dazu reicht unsere Flotte aus. In der ersten Lesung schien es, als ob alle Parteien einig wären, jetzt lassen Sie (nach rechts) uns allein. Aber auch Sie werden später an die Folgen des Hollmann'schen Plans mit Schaudern denken, wenn es sich darum handelt, die Deckung dafür zu schaffen."

Hollmann stürzte und das Zentrum ging als Sieger aus der parlamentarischen Schlacht hervor. Es war konsequent gegen die Errichtung einer Offensivflotte aufgetreten und verweigerte bis dahin alle Mittel zur Verfolgung einer Weltpolitik.

Da kam das Flottengesetz des Admirals Tirpitz, wenige Monate, nachdem der Staatssekretär Hollmann gestürzt war. Und dieses Gesetz wird nun heute mit Hilfe des Zentrums vom Parlament angenommen. Um die gewaltige Umstimmung des Zentrums zu ermessen, muß hier noch darauf hingewiesen werden, daß die Tirpitz'sche Vorlage in ihren Anforderungen und Zielen ungleich weiter ausgreift als der Hollmann'sche Plan. An Geldforderungen verlangt die Tirpitz-Vorlage etwa das doppelte von dem, was die Durchführung der Hollmann'schen Pläne gekostet hätte; außerdem verlangt sie eine Verzichtleistung des Reichstages auf sein jährliches Bewilligungsrecht, endlich wird die Formirung einer Schlachtflotte als Mittel zur Durchführung einer „Weltpolitik" offen ausgesprochen. Nichts als politische Heuchelei und Sand in den Augen ist es, glauben machen zu wollen, das Tirpitz'sche Marineseptennat verlange weniger als die Hollmann'sche Denkschrift in Aussicht gestellt hatte — so erklärte die „Germania" selbst den Unterschied zwischen den beiden Marineplänen. Und trotzdem hat das Zentrum sich zur Annahme der Tirpitz'schen Vorlage umstimmen lassen — seiner ganzen Vergangenheit zum Trotz, seinen eigenen feierlichen Versicherungen Hohn sprechend.

Die blamirten Europäer, die den Staatssekretär Hollmann erregt ersuchten, er möchte doch für einen Augenblick seine Admiralsuniform ausziehen, um zu begreifen, wie unmöglich für einen Volksvertreter die Bewilligung seiner Forderungen sei, sie stellen sich jetzt selbst in strotzender Admiralsuniform vor ihre Wähler, um all das abzuschwören, was sie bis September 1897 noch (seit Jahrzehnten) im Reichstage im Interesse des Volkes gesprochen und vertreten haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, 22. März.

Aus dem Reichstage. In sehr kurzer Sitzung wurden heute sehr wichtige Vorlagen fast ohne Diskussion in dritter Lesung erledigt. Zunächst wurde ein Antrag Förster, in dem verlangt wurde, daß nur vollständig fuselfreier Sprit zur Bereitung von Schnaps Verwendung finden dürfe, der von Angehörigen aller Parteien unterstützt war, abgelehnt, weil man eine Schädigung der kleineren Brennereien in dem Antrag erblickte. Ganz ohne Debatte wurde die Dampfersubvention erledigt.

Beim Gesetzentwurf über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter begründete Frohme noch den Antrag, die Entschädigung auch auf unschuldig erlittene Untersuchungshaft auszudehnen. Der Staatssekretär von Nieberding sprach gegen den Antrag und die Abgeordneten von Buchka und Pieschel schlossen sich ihm an. In namentlicher Abstimmung, bei der sich die Anwesenheit von 207 Mitgliedern ergab, wurde dann der Entwurf mit großer Mehrheit angenommen.

Um 4 Uhr war die Tagesordnung erledigt.

Morgen 1 Uhr: Flottenvorlage.

Im preußischen Abgeordnetenhause ist die Berathung des Eisenbahn-Etats trotz der gestrigen Abendsitzung wenig gefördert worden, daß heute bereits wieder eine Abendsitzung stattfindet. Und dabei werden die wichtigsten Fragen mit einer Oberflächlichkeit behandelt, wie sie selbst in diesem Hause sonst nicht an der Tagesordnung ist, während über andere Fragen, die mit dem Eisenbahn-Etat in gar keiner Verbindung stehen, oft unnütz lange gesprochen wird. So gelang es gestern Abend dem Vater Plötz (t.), in der Generaldebatte seine Rede über Margarine und unlauteren Wettbewerb, die er im Reichstage schon wer weiß wie oft gehalten hat, nochmals herzuleiern, obgleich doch diese beiden agrarischen Lieblingsthemata mit dem Eisenbahn-Etat absolut nichts zu thun haben. Die durch solch unnützes Gerede vergeudete Zeit wurde allerdings dadurch wieder eingeholt, daß über die wichtige Frage der Verhütung der Eisenbahn-Unfälle reicht wenig mehr debattirt wurde.

Heute drehte sich die Debatte in der Hauptsache um den zu den „Einnahmen" gestellten Antrag Brömel (frs. Vg.) betreffend Herbeiführung einer Vereinfachung und Verbilligung des Personen- und Gepäckverkehrs. Wie in früheren Jahren, so erklärte auch diesmal Minister Thielen sich gegen den Antrag, wennschon er die Nothwendigkeit einer Vereinfachung der Tarife zugab. Eine solche Vereinfachung ist aber nach seiner Ansicht mit einem finanziellen Ausfall verbunden, und da die Eisenbahnen nun einmal in erster Linie eine Einnahmequelle für den Staat bedeuten, so muß der Verkehr unter diesen fiskalischen Grundsätzen auch in Zukunft leiden. Die Konservativen, die fürchten, daß eine Tarifherabsetzung einen großen Arbeitermangel in Ostelbien zur Folge haben wird, erklärten sich ebenfalls gegen den Antrag Brömel und malten bei dieser Gelegenheit wieder einmal das rothe Gespenst an die Wand. Eine Verbilligung der Tarife für den Vorortverkehr führt bereits ein Anwachsen der Sozialdemokratie herbei, da sich dann in den Vororten ganze Arbeiterkolonien bilden, die der Herd der Sozialdemokratie werden. Um wie viel mehr würde das bei allgemein billigen Tarifen der Fall sein. So gewichtige Gründe sind im preußischen Abgeordnetenhause stets durchschlagend und so wurde denn der Antrag Brömel mit großer Mehrheit abgelehnt.

Im übrigen kamen nur lokale Wünsche zur Sprache; namentlich wurden die Mißstände im Berliner Stadt-, Ring- und Vorort-Verkehr einer eingehenden Kritik seitens des Abg. Schulz (frs. Vp.) unterzogen, ohne daß jedoch die Regierung eine Abhilfe zusagte. —

Sozialdemokratische Anträge zum Flottengesetz. Zu der Gesetzesvorlage betr. die deutsche Flotte, wie sie aus den Berathungen der Budgetkommission hervorgegangen ist, hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anträge eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Anstatt des § 8 der Kommissionsvorlage folgendem Paragraphen seine Zustimmung zu geben:

§ 8.

Soweit die Summe der fortdauernden und einmaligen Ausgaben der Marineverwaltung für ein Rechnungsjahr den Betrag von 117 525 494 M. übersteigt, ist der Mehrbetrag vom 1. April 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichs-Einkommensteuer aufzubringen, welcher diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von mehr als 6000 M. beziehen.

Die Normirung der Steuersätze und die Bestimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz.

§ 9.

Uebersteigen die eigenen Einnahmen des Reiches die Ausgaben, so ist der Ueberschuß zurückzuhalten und dergestalt zu verwenden, daß ein Viertel dieses Ueberschusses zur Verminderung der Reichsschuld, der Rest zur Herabsetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichssteuern, in erster Linie der Salzsteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker verwendet wird.

Die Verminderung der Reichsschuld erfolgt durch entsprechende Absetzung vom Anleihesoll. Soweit geeignete Anleihekredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushalts-Etat Bestimmung getroffen.

Die Herabsetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichssteuern erfolgt durch besonderes Gesetz."

Durch diese Anträge soll Sicherheit gegeben werden, daß die über die Höhe der bisher höchsten Jahresausgabe neu erwachsenden Kosten für die Marine nicht wiederum den arbeitenden Klassen aufgelegt werden. Es soll sich endgiltig erweisen, ob die Parteien und die Klassen, welche sich Monate hindurch im tollsten Flottenenthusiasmus berauschten, welche eine Ablehnung des Gesetzes oder eine Vernachlässigung der wichtigsten vaterländischen Interessen ausgaben, ob sie wirklich lieber das Gesetz fallen lassen werden oder daß sie selbst, die Besitzenden und Reichen, die Kosten desselben tragen wollen. Die Vertreter der Konservativen in der Budgetkommission haben bekanntlich derartige patriotische Absichten bereits offen kund gegeben.

Der Unterschied der sozialdemokratischen Anträge gegenüber dem Antrage Bennigsen-Lieber zur Deckungsfrage, den

die Budgetkommission angenommen hat, liegt klar zu tage. Der nationalliberale Zentrumsantrag bezieht sich nur auf den Fall, daß die dem Reiche zufließenden Einnahmen die zu erwartende Erhöhung des Etats über 117½ Millionen nicht zu decken vermögen. Der sozialdemokratische Antrag trifft dagegen jede Erhöhung des Marine-Etats über jene Summe hinaus und will den Ueberschuß von den dem Reiche zufließenden Einnahmen zur Verminderung der Reichsschuld und zur Herabsetzung oder Beseitigung besonders drückender indirekter Steuern, wie die Salzsteuer, benutzt wissen.

Dazu kommt, daß nach dem Antrage Bennigsen-Lieber, selbst wenn die Reichs-Einnahmen nicht mehr zureichen sollten, auch dann noch nicht die Mehrkosten durch die wohlhabenden Kreise aufgebracht werden sollen, sondern lediglich „den Massenverbrauch belastende indirekte Reichssteuern" ausgeschlossen bleiben sollen. Die Werthlosigkeit dieser Bestimmung haben wir schon früher ausführlich dargethan.

Der Antrag Bennigsen-Lieber bildet daher lediglich einen Versuch, die Bevölkerung über die Thatsache hinwegzutäuschen, daß alle Kosten des neuen Flottengesetzes, wie schon alle bisherigen Militär- und Marinelasten, vom arbeitenden Volke getragen werden sollen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden dieses schmähliche Werk der volksfeindlichen Parteien, von den Konservativen bis zum Zentrum und den Herren der freisinnigen Vereinigung, ins hellste Licht stellen.

Chinesische Angelegenheiten. Die Subskription der chinesischen Anleihe in Deutschland ist bereits geschlossen worden; sie ist stark überzeichnet. —

In der französischen Kammer wird die chinesische Frage am nächsten Sonnabend behandelt werden. Bis dahin soll das Uebereinkommen zwischen Rußland und Frankreich bezüglich der von beiden Mächten in China zu fordernden Konzessionen endgiltig getroffen worden sein und Herr Hanotaux will Auskunft über diese Dinge geben.

Aus London wird gemeldet: Gerüchtweise verlautet aus Shanghai, daß zwischen China, England und Rußland eine Uebereinkunft in bezug auf Korea stattgefunden habe. Unter der Bedingung, daß Rußland jedes Eingreifen in Korea aufgebe, würde England gegen die definitive Erwerbung Port Arthurs und Talienwans durch Rußland keinen Widerspruch erheben. —

• • •

Deutsches Reich.

— Zur Viehsperre gegen Dänemark wird der „Int. Corr." aus Kopenhagen unterm 20. März geschrieben:

Nachdem die neuesten deutscherseits erlassenen Erschwerungsmaßregeln gegen die dänische Vieheinfuhr in Kraft getreten waren, entschlossen sich einige dänische Viehzüchter-Genossenschaften den Versuch zu machen, ob sie nicht doch den deutschen veterinärpolizeilichen Anforderungen genügen könnten. Es wurden aus verschiedenen Viehbeständen die besten Stücke (Mastochsen erster Güte) ausgewählt, dieselben der Tuberkulin-Impfung unterzogen und die nichtreagirenden Thiere zu einer Sendung nach Hamburg zusammengestellt. Dort wurden sie von den deutschen Thierärzten noch einmal geimpft, wobei sie reagirten und nun trotz ihrer allgemein zugestandenen guten Beschaffenheit verbrannt werden sollen. — Man hat nun inzwischen auf dänischer Seite gutachtliche Mittheilungen seitens der Schlachthof-Verwaltungen in Kiel und Lübeck erhalten, welche erklären, daß das eingeführte dänische Vieh trotz der Zunahme der Impf-Reaktionen an Güte keineswegs geringer geworden sei, und daß, falls noch für das deutsche Vieh die Impfung obligatorisch würde, bei der jetzt angewandten Methode 80 bis 85 pCt. reagiren würden. Da hiernach für die deutsche Landwirthschaft die Frage von großer Bedeutung ist, so wurde die dänische Regierung von hiesigen landwirthschaftlichen Kreisen angegangen, bei der deutschen Regierung die Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz zu beantragen, auf welcher von Fachautoritäten die bisher noch wenig geklärte Frage der Tuberkulin-Impfung festgestellt werden sollte. Außerdem müsse die Frage untersucht werden, ob das Fleisch der auf die Impfung reagirenden Thiere nicht durch ein Pasteurisirungs-Verfahren von allen etwaigen Schwindsuchtskeimen befreit werden könne. — Mehrere Vereine versenden Rundschreiben, worin aufgefordert wird, als Wiedervergeltungsmaßregel von Deutschland keine Industrie-Erzeugnisse mehr zu beziehen; die Regierung hat jedoch den kaufmännischen Korporationen empfohlen, von einer derartigen Agitation abzustehen, da hierdurch die dänischerseits in Aussicht genommenen neuen Verhandlungen ungünstig beeinflußt würden. —

— Das Margarine-Gesetz und die Einfuhr. Betreffs des Verkehrs mit Butter, Margarine, Käse, Schmalz und allen ähnlichen Nahrungsmitteln ist den Polizeibehörden neuerdings eine Regierungs-Verfügung zur Kenntniß gebracht, nach welcher wiederum eine Verschärfung der Kontrolle aller vom Auslande eingeführten derartigen Nahrungsmittel bestimmt worden ist. Um nämlich zu verhüten, daß das Gesetz vom Juni vorigen Jahres über den Verkehr mit jenen Nahrungsmitteln durch die Einfuhr vorschriftswidriger und vielleicht falsch bezeichneter Waaren aus dem Auslande umgangen werde, ist eine besondere Ueberwachung derartiger Waarensendungen für nöthig befunden und angeordnet worden, daß die in betracht kommenden Zollstellen den Polizeibehörden der Bestimmungsorte der von ihnen abgefertigten, muthmaßlich zu Handelszwecken bestimmten Butter-, Käse- und Margarinesendungen rechtzeitig Nachricht geben, damit die erforderliche Kontrolle von letzteren Behörden unverzüglich bewirkt werden kann. Die Polizeibehörden sollen dann auf grund solcher Benachrichtigungen den Eingang der Sendung feststellen und aus dieser alsbald Waarenproben zur Untersuchung entnehmen. —

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Mülheim a. R. wird telegraphirt: Heute Vormittag gegen 11 Uhr stießen unmittelbar vor dem hiesigen Bahnhof der von Eppinghausen kommende Güterzug 1642 mit dem auslaufenden Güterzuge 1688 zusammen, wobei eine Lokomotive und fünf mit Kohlen beladene Wagen zertrümmert wurden. Die Ursache des Zusammenstoßes ist, der „Mülheimer Zeitung" zufolge, darauf zurückzuführen, daß der einfahrende Zug bei dem für ihn stehenden Haltesignal auf der stark abfallenden Strecke nicht zum Stehen gebracht werden konnte. Das Zugpersonal rettete sich durch Abspringen; verletzt wurde niemand. Die Hauptgleise waren kurze Zeit gesperrt.

— Die „Freisinnige Zeitung" jammert wieder einmal, daß wir die Freisinnigen bei den Reichstagswahlen so energisch zu bekämpfen gewohnt seien. Wenn sie aber vorgiebt, daß wir die Konservativen nicht so energisch bekämpfen, so irrt sie gewaltig. Die ganze Front der sozialdemokratischen Partei, ihre Presse und ihre Agitation ist auf den schärfsten Kampf gegen die Agrarier gerichtet. Wären die bürgerlichen Anti-Agrarier nur halb so energisch und einig wie die proletarischen Anti-Agrarier, so wäre es um die Junkerherrschaft geschehen. Etwas mehr Selbstkritik statt haltloser Angriffe thäte den Führern der freisinnigen Volkspartei sehr gut. —

— In Frankfurt am Main haben sich die bürgerlichen Parteien auch gesammelt, aber nicht gegen agrarische Uebergriffe, sondern um der Sozialdemokratie den Wahlkreis zu entreißen. Ueber den Geschmack der Demokraten, solche Bündnisse einzugehen, ist nicht zu streiten. Wir finden es sehr begreiflich, daß die Demokraten, wie vor ihnen die Nationalliberalen und etwas später die Fortschrittspartei, uns die Vertretung der demokratischen Forderungen überlassen und sich lediglich als Organisation der Bourgeoisie fühlen und als solche jedem Bundesgenossen in die Arme fallen, wenn es sich um den Kampf gegen das politisch organisirte Proletariat handelt. Wir können aber nicht begreifen, wie man es mit politischem und journalistischem Anstande vereinbaren kann, unsere Anschauungen über den Sammlungsaufruf der Antiagrarier zur Beschönigung des demokratischen Bündnisses in Frankfurt a. M. zu verwerthen. Wer den Leitartikel in Nr. 63 unseres Blattes gelesen hat, muß dieses Vorgehen als eine Verdrehung ungehörigster Art, zu der auch der scharfe Wahlkampf in keiner Weise legitimirt, bezeichnen. Nicht ein Wort läßt sich in dem, was wir je geschrieben haben, anführen zur Vertheidigung des Frankfurter Wahlbündnisses gegen die Sozialdemokratie. Derartige Mittel im Kampfe anzuwenden, zeugt nicht blos von mangelnder Aufrichtigkeit, sondern auch von dem Gefühle, einer schlechten Sache zu dienen. —

München, 21. März. (Eig. Ber.) Die Kammer behandelte heute die Petitionen des bayerischen Radfahrer-Verbandes um Erlaß einheitlicher gesetzlicher Bestimmungen über das Radfahren. Bekanntlich hat infolge dieser Petitionen der bayerische Kriegsminister den zum Verbande gehörigen Offizieren den Austritt anbefohlen. Besonders schöngeistig veranlagte Kammermitglieder erklärten in den Ausschußverhandlungen, daß ihnen namentlich der Ton, in dem die Eingaben abgefaßt sind, ungehörig erscheine. Dies gab dem freisinnigen Abg. Dr. v. Stauffenberg zu der Bemerkung Anlaß, nur der in Bayern ganz besonders grassirende Byzantinismus könne den Ton der Petitionen ungeeignet finden. Unser Freund Segitz bemerkte:

Wenn die Offiziere deshalb gemaßregelt wurden, weil sie sich einer Petition an den Landtag anschlossen, so halte ich das für eine Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes der Petitionsfreiheit, und wir werden deshalb den Herrn Kriegsminister seinerzeit zur Rechenschaft ziehen. Wenn auch die neuen oberpolizeilichen Vorschriften den Radfahrern einigen Nutzen brachten, so haben sie doch auch ihre Schattenseiten namentlich hinsichtlich des Nummernzwanges, der Legitimation 2c., und eine Revision wird also bald nothwendig werden. Da die Radfahrindustrie gerade in Bayern im Aufschwung begriffen ist und das Fahrrad für den Arbeiter sehr nützlich und auch zum theil nothwendig ist, haben wir alle Veranlassung, gegen jede das Radfahren und damit die Industrie einschränkende Maßregel Stellung zu nehmen. Der Minister v. Feilitzsch bemerkte, die gegenwärtig geltenden Vorschriften müßten die Wünsche eines jeden „ordentlichen" Radfahrers befriedigen und um andere Elemente kümmere er sich nicht.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Aus Baden, 21. März. (Eig. Ber.) Eine imposante Demonstration hat gestern am Grabe Amand Goegg's in Renchen, des letzten Herbst verstorbenen Finanzministers der badischen Volksregierung von 1849 stattgefunden. Etwa 400—500 Personen, darunter etwa 150 Parteigenossen aus Offenburg und Umgegend, umstanden das Grab. Genosse Oskar Geck hielt eine eindrucksvolle Gedächtnißrede. Außerdem sprach Genosse Adolf Geck im Namen der sozialdemokratischen Landtags-Fraktion. Sieben Kränze wurden am Grabe niedergelegt. Die würdige Demonstration ist mit dem Männerchor „Hymne an die Freiheit" eingeleitet und mit der Marseillaise beschlossen worden. Angenehm aufgefallen ist, daß die Behörde dieser Feier, obwohl sie nicht polizeilich angemeldet war, nichts in den Weg legte. Auch in Offenburg ist die Märzfeier, bei welcher Genosse Fendrich sprach, polizeilich nicht überwacht worden. — Ein Unikum seit langen Jahren. —

Aus Elsaß-Lothringen, 21. März. (Eig. Ber.) Es ist ein seltsamer Zufall, daß gerade gestern, an dem Tage, wo im Nachbarlande Baden allenthalben der Gedenktag an die großen Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 gefeiert wurde, bei uns in der Feste Metz die Hülle von einem Denkmal fiel, das man einem Manne errichtet hat, dessen Namen mit jener Volkserhebung eng verknüpft ist: Prinz Friedrich Karl von Preußen. Er war es, der an der Spitze des 2. Rheinischen Husaren-Regiments, das z. Zt. in Straßburg garnisonirt, am 20. Juni 1849, aus der Pfalz kommend, den Rhein bei Germersheim überschritt, um der badischen Revolutionsarmee, die sich auf dem Rückzug vom Neckar befand, dem Weg nach Karlsruhe zu verlegen. Der Pole Mniewski, den man mit 2500 Mann die Vertheidigung der Germersheimer Rheinbrücke anvertraut hatte, ließ sich von den Preußen überfallen. In dem sich darauf entwickelnden Gefecht, an dem auch die Batterien Blind und Vorkheim theilnahmen, unterlagen die Freischaaren, trotz der tapferen und verzweifelten Gegenwehr des badischen Majors Biedenfeld, und mußten sich unter Preisgabe der Batterie Blind auf Bruchsal zurückziehen. Die preußischen Husaren, die unter der persönlichen Führung des genannten Prußenprinzen stürmisch vordrangen, erlitten in dem Gefecht (es war bei dem badischen Dorfe Wiesenthal an der Bahnlinie Karlsruhe-Schwetzingen-Mannheim) starke Verluste; Prinz Friedrich Karl wurde am Schultergelenk nicht unerheblich verwundet und verlor seinen Adjutanten, Lieutenant v. Münch. Das Husarenregiment Nr. 9 ließ später auf dem Schlachtfelde einen Denkstein zur Erinnerung an die gefallenen Kameraden errichten. Die Märztage des Gedenkjahres 1898 haben nun auch dem Hohenzollernprinzen ein Denkmal bescheert, der in jener stürmischen Zeit nach dem Süden Deutschlands gezogen war, um dort die siegreichen Kämpfer der Revolution mit preußischem Blei niederzuwerfen. —

Oesterreich.

Wien, 22. März. Seitens des Zentralverbandes der österreichischen Handeltreibenden wurde eine Petition an den Handelsminister gerichtet, worin dieser um Schutz gegen das polnisch-czechische Syndikat ersucht wird, welch letzteres die Boykottirung des deutschen Handels und der deutschen Industrie bezweckt.

Wien, 21. März. Im Einlauf des Abgeordnetenhauses befinden sich drei Anträge auf Versetzung des Grafen Badeni in den Anklagestand, darunter einer von den Abgg. Kaiser, Hofmann und Genossen wegen Durchführung der lex Falkenhayn, einer von den Abgg. Pergelt und Genossen wegen Eingreifens der Polizei im Abgeordnetenhause, und einer von den Abgg. Rieger, Berner und Genossen. Unter den Dringlichkeitsanträgen befindet sich ein Antrag der Abgg. Liechtenstein und Genossen auf Aufhebung der Sprachenverordnung, Erlaß eines Sprachengesetzes und Einsetzung eines Sprachenausschusses, der event. ein solches Gesetz ausarbeiten soll. Die Abgg. Funcke, Groß und Gen. beantragen dringend die sofortige Aufhebung der Sprachenverordnung und die Einsetzung eines aus 48 Mitgliedern bestehenden Sprachenausschusses, der binnen drei Monaten ein Sprachengesetz ausarbeiten soll, in welchem unter Rücksichtnahme auf das thatsächliche Bedürfniß der einzelnen Königreiche und Länder als Norm genommen wird, daß die deutsche Sprache als Staatssprache gelten soll und daß der Gebrauch der landesüblichen Sprache für die einzelnen Königreiche und Länder durch Reichsgesetz zu regeln sei. —

Frankreich.

Paris, 22. März. Der heute im Elysée abgehaltene Ministerrath setzte die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften auf den 8. Mai fest und beschloß, der Kammer die Bestimmung des Tages, an dem sie auseinander gehen wird, zu überlassen. —

England.

London, 21. März. Das Unterhaus verwarf mit 167 gegen 20 Stimmen einen Unterantrag Lamberts zur irischen Lokalverwaltungsbill, durch welchen die Mißbilligung eines jeden Vorschlages ausgesprochen werden sollte, der die Leistung eines großen dauernden Reichsbeitrages zur Erleichterung einer einzigen Klasse in sich schließen würde.

Der Liberale John Morley erklärt, er bekämpfe die irische Lokalverwaltungs-Bill nicht, für die er indessen sich nicht sehr erwärme; er glaube jedoch, sie werde auf mühsamen Umwegen zu Selbstverwaltungsmaßregeln größeren Stils führen, wie sie das unauslöschliche Nationalgefühl Irlands und dessen eigenthümliche Verhältnisse fordern. Die Bill werde die Homerule-Frage nicht beseitigen. Gerald Balfour erklärt, die Regierung habe, wie dargelegt worden sei, die Vorlage eingebracht, um durch eine Bill die Homerulefordern zu befriedigen, weil sie dies für wünschenswerth erachte und weil die Gefahren, welche vom Homerule befürchtet werden, dem System lokaler Verwaltung voraussichtlich nicht anhaften, denn die Befugnisse der Lokalbehörden seien begrenzt. Die zweite Lesung wurde hierauf einstimmig angenommen. —

Italien.

Rom, 19. März. (Eig. Ber.) Die Kammer hat, nachdem bereits vor 20 Jahren das erste auf Versicherung der Arbeiter gegen Unfall abzielende Gesetz unterbreitet worden war, jetzt endlich dem Entwurf eines solchen Gesetzes zugestimmt. Die Diskussion hat den Gegensatz recht deutlich gezeigt, der zwischen den zwei Fraktionen der Bourgeoisie, den Vertretern der Industrie und denen der Landwirthschaft, besteht. Die letzteren haben dem Gesetze zugestimmt, lediglich weil sie glauben, dadurch dem Vormarsch der Sozialdemokraten von den Industriezentren aus nach dem Lande Einhalt thun zu können. Auch versuchten sie der Klasse der Industriellen sämmtliche Kosten aufzuhalsen. Die Vertreter des industriellen Kapitals machten geltend, daß dies Gesetz die Arbeiter gegenüber den Unternehmern zu sehr begünstige und daß die Industrie zu schwer belastet werde.

Die Sozialisten haben das Projekt als ungenügend bekämpft. Sie stellten eine Reihe Unteranträge, wonach auch die landwirthschaftlichen Arbeiter, ihrer Zahl nach in Italien viel größer als die der Industrie, mit in das Gesetz einbezogen werden sollten. Ein weiteres Amendement bezweckte die Sicherstellung der Arbeiter bei Krankheiten, die durch vorhergehende Unfälle oder ungesunde Werkstätten verursacht werden. Die Vertreter der Industrie, die zunächst versucht hatten, das Gesetz möglichst zu verschlechtern, erklärten, als sie sahen, daß das Gesetz doch durchgehen könne, sie würden für die sozialistischen Anträge stimmen — in der gewissen Voraussicht natürlich, das Gesetz in dieser Form würde dann als Ganzes sicher abgelehnt werden.

Die sozialistischen Abgeordneten, als sie merkten, daß sie so das Spiel der Reaktionäre spielen würden, und in der Meinung, daß wenig besser sei als gar nichts, zogen nun ihre Anträge zurück. Auch jetzt noch machten die Vertreter der Industrie allerhand Obstruktionsversuche, um das Gesetz zu Fall zu bringen; schließlich aber wurde es mit 172 gegen 60 Stimmen angenommen. — Die Debatten über dies Gesetz haben das nackteste Klasseninteresse der Bourgeoisie deutlich enthüllt und den Arbeitern klar vor Augen geführt, daß sie von ihr nichts zu erwarten haben, so daß wir sehr mit dem Verlauf dieser Verhandlungen zufrieden sein können.

Rom, 22. März. Deputirtenkammer. Das Haus, die Tribünen und die Diplomatenloge sind voll besetzt. Es sind etwa 300 Deputirte anwesend. Crispi ist nicht zugegen. Die Diskussion über die Anträge der Kommission, betreffend die Angelegenheit Crispi, wird eröffnet. Der Präsident empfiehlt Ruhe und Mäßigung an. Der Radikale Alessio bekämpft die Anträge der Kommission und verlangt, Crispi solle vor einen ordentlichen Gerichtshof gestellt werden. Barzilai (radikal) und Bissolati (Sozialist) sprechen in gleichem Sinne wie Alessio. Die Berathung verläuft vollkommen ruhig. Von 43 radikalen und republikanischen Deputirten wird eine Tagesordnung eingebracht, welche die Verweisung der Angelegenheit Crispi vor die ordentlichen Gerichte verlangt. —

Mailand, 21. März. („Frankf. Ztg.") Der 50. Jahrestag der Mailänder Revolution wurde gestern in großartiger Weise gefeiert. Am offiziellen Festzuge vormittags nahmen 10 000 Personen mit 117 Fahnen und 23 Musikbanden theil. Voran schritten die Bürgermeister von Mailand, Turin, Venedig 2c. Nachmittags fand ein Festzug der Republikaner und Sozialisten statt. Erstere, etwa 5000, trugen grüne Epheublätter im Knopfloch, letztere, etwa 15000, rothe Schleifen. 120 Fahnen waren im Zuge, darunter mehrere rothe. Am Denkmal sprachen je ein Republikaner, ein Sozialist und ein Anarchist. Die Ordnung war ausgezeichnet. —

Auch in Venedig hat unter sehr starker Theilnahme der Bevölkerung, Behörden, Senatoren 2c. 2c. eine großartige Revolutionsfeier stattgefunden. —

Schweden.

— Ein Gesetzentwurf betreffend Arbeiterversicherung liegt zur Zeit dem Parlament vor. Unser Parteigenosse Hjalmar Branting hat gegen denselben folgende Einwände erhoben:

1. Es ist prinzipiell falsch und praktisch undurchführbar, die Invalidenpensionen nur als reduzirte Alterspensionen zu berechnen. Der Staat muß für die Invalidenpensionen einen Extrazuschuß gewähren. 2. Die Pensionsbeträge sind auch für die bescheidensten Ansprüche zu gering, besonders in der ersten Klasse. 3. Der rein bureaukratische Charakter der Versicherung muß geändert werden, so daß die Versicherten selbst Einfluß auf die Kassenangelegenheiten bekommen. 4. Schon die gegenwärtige Generation muß in denkbar größter Ausdehnung einbezogen werden. —

Türkei.

Konstantinopel, 22. März. Eine Ministerkommission unter Vorsitz des Großwezirs beschloß, eine Division von Thessalonien nach der bulgarischen Grenze zu dislozieren. Der Beschluß wurde durch ein kaiserliches Irade sanktionirt.

Gestern wurde eine außerordentliche Sitzung des internationalen Sanitätsraths unter Vorsitz des Ministers des Aeußeren, Tewfik Pascha, abgehalten. Die Pforte hat den letzten Beschluß des Sanitätsraths betreffend die Abweisung indischer Mekka-Pilger wegen Pestgefahr abgelehnt, aber den Wunsch ausgesprochen, die Mächte möchten England ersuchen, das im vorigen Jahre erlassene Verbot der Pilgerfahrten nach Mekka in Indien aufrecht zu erhalten.

Afrika.

— Im Sudan steht nun der entscheidende Kampf zwischen den Engländern und den Derwischen bevor. Von einem kleineren Zusammenstoß wird bereits aus Kairo berichtet; dabei waren die mahdistischen Truppen die Angreifer. „Bureau Reuter" meldet darüber: Ali Digma, der Bruder Osman Digma's, griff Adarama am Atbara, zwischen Kassala und Berber halbwegs gelegen, an und wurde von eingeborenen Truppen aus Kassala dreimal geschlagen. 40 Derwische sind bei diesen Kämpfen gefallen.

Andererseits wird berichtet, der Kalif habe beschlossen, seine gesammten Streitkräfte bei Omdurman zusammenzuziehen, um dort den Entscheidungskampf zu liefern. Vom ethnographischen Standpunkte kann man sich kaum etwas Interessanteres vorstellen als die beiden sich dort gegenüberstehenden Heere. Auf der einen Seite die aus allen Stämmen Zentralafrika's zusammengewürfelten Neger und auf der anderen Egypter und Nubier, dann die aus Sudanesen gebildeten „schwarzen Bataillone", ferner englische red jackets, Schotten in kurzen kaum bis zum Knie reichenden Röckchen u. s. w.

Asien.

— Parlamentswahlen in Japan. Wie das Reuter'sche Bureau aus Yokohama meldet, weisen die Berichte über die Wahlen eine gleiche Stärke der Parteien auf; etwa 50 Deputirte sind gewählt, welche keiner Partei angehören, dieselben werden voraussichtlich das Gleichgewicht in der Machtstellung herbeiführen. —

Reichstag.

67. Sitzung. Dienstag, 22. März 1898, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: niemand.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige Rechnungssachen. Bei den Rechnungen über den Haushalt der Schutzgebiete von Kamerun und Togo, sowie des südwest- und ostafrikanischen Schutzgebietes für 1892/93 bis 1896/97 bittet

Abg. **Schall** (k) die Regierung, alles zu thun, um dem Verderben zu steuern, das durch die Einführung des Branntweins in die Kolonien veranlaßt wird.

Unterstaatssekretär **v. Richthofen** verspricht, Abhilfe zu verschaffen; es seien bereits internationale Verhandlungen über diese Frage eingeleitet worden.

Die Rechnungen werden darauf dem Antrag der Kommission entsprechend für erledigt erklärt. Ebenso der Bericht der Rechnungskommission über den Bericht der Reichs-Schuldenkommission.

Die Verordnung des Bundesraths betreffend die Aufnahme der Anlagen zur Herstellung von Gußstahlkugeln mittels Kugelschrotmühlen in das Verzeichniß der einer besonderen Genehmigung bedürfenden Anlagen wird debattelos genehmigt.

Die Novelle zur Postdampfer-Subventions-Vorlage wird ebenfalls debattelos in dritter Lesung genehmigt. Gegen dieselbe stimmen die Sozialdemokraten und die Freisinnige Volkspartei.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes betreffend die anderweite Festsetzung des Gesammtkontingents der Brennereien. Artikel I bis III werden debattelos angenommen. Artikel IV verlangt, daß für die Erhebung und Verwaltung der Brennsteuer vom 1. Oktober 1898 ab eine besondere Vergütigung an die Einzelstaaten nicht gezahlt werde.

Hierzu liegt ein Antrag Auer und Genossen vor: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das der nur bis auf weiteres aufgehobene § 4 des Branntweinsteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1887 in möglichst kurzer Frist wieder in kraft gesetzt werde, wonach von einem bestimmten Zeitpunkt ab nur gereinigter und fuselfreier Branntwein zu Trinkzwecken verkauft werden darf.

Abg. Dr. Förster (wild.-Antis.) tritt für die Resolution ein. Der Nutzen derselben käme vor allem den niederen Volksklassen zu gute, die vor den verheerenden Wirkungen des ungereinigten Branntweins geschützt werden müßten.

Abg. Frank-Baden (natl.) bittet, die Resolution abzulehnen. Sie bedeute einen Ruin der kleinen Brennereien, die die Kosten der Entfuselung nicht bezahlen könnten.

Abg. Szmula (Z., auf der Tribüne schwer verständlich) meint, die Gefahren des nicht gereinigten Branntweins seien durchaus nicht so bedeutend, wie behauptet werde.

Abg. Schädler (Z) schließt sich den Ausführungen des Abg. Frank an.

Direktor im Reichs-Schatzamt v. Körner macht die Mittheilung, daß die Untersuchungen über ein sicheres und möglichst billiges Entfuselungsverfahren noch nicht abgeschlossen seien, aber mit großem Eifer betrieben würden.

Abg. Dr. Förster (wild.-antis.): Das Interesse des ganzen Volkes wiegt viel schwerer, als das einiger Brennereibesitzer.

Abg. Gamp (Rp.): Es läßt sich zur Zeit die Durchführbarkeit der vorgeschlagenen Maßregel noch garnicht beweisen. Es ist daher wohl am Platz, die Ergebnisse der Untersuchungen abzuwarten.

Abg. Schmidt-Kusel (natl.) erklärt sich gegen die Resolution.

Abg. Dr. Kruse (natl.) spricht gleichfalls gegen die Resolution.

Abg. Wurm (Soz.): Einige meiner Freunde haben die Resolution zwar unterschrieben, um sie überhaupt zur Sprache zu bringen, ich muß mich aber doch von völlig entgegengesetzten Anschauungen aus gegen Herrn Dr. Förster wenden. Was er vorgebracht hat, sind alle Kamellen, seitdem aber ist die chemische Wissenschaft fortgeschritten. Eigentlich müßte dem Dr. Förster bekannt sein, daß eine sehr gute Arbeit von Dr. Windisch seitens des Reichs-Gesundheitsamts im Jahre 1892/93 veröffentlicht worden ist, in der über die Fuselöle im Branntwein berichtet wird. Es wird da nachgewiesen, daß es an der falschen Untersuchungsmethode lag, wenn früher so viel Fuselöl im Branntwein gefunden worden ist und daß es übertrieben ist, alle Schädigungen des Branntweins auf den Fuselgehalt zurückzuführen. Ungünstige Ernährung und die ganze zerrüttende Wirkung rühren auch vom Genusse des Spiritus in der reinsten Form her. In Rußland wird der reine Spiritus vielfach getrunken und doch wirkt der fuselfreie gereinigte Sprit genau so zerrüttend. Wir wünschen auch die Beseitigung der schädlichen Wirkungen des Alkoholgenusses, gehen aber nicht den Weg der Resolution, sondern sagen: Schafft bessere soziale Lebensbedingungen, dann wird es möglich sein, den Alkoholgenuß zu bekämpfen. Die Resolution ist aber so unnütz, wie es salbungsvolle Predigten oder Traktätlein gegen die Trunksucht sind. Wer durch die Noth dazu gezwungen ist, Branntwein zu trinken, wird ruinirt. Der Fusel allein thut's nicht.

Die Resolution wird darauf abgelehnt; auch die Sozialdemokraten stimmen gegen sie. Zur Geschäftsordnung erklärt

Abg. Singer (Soz.): Seine Freunde hätten die Resolution nur unterstützt, um dem Abg. Förster Gelegenheit zu geben, dieselbe zur Verhandlung zu bringen; es sei also gar keine Resolution Auer, sondern eine Resolution Förster. (Große Heiterkeit.)

Das Gesetz ist damit in zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen. Sie beginnt mit der bereits zweimal wegen Beschlußunfähigkeit unerledigt gebliebenen namentlichen Abstimmung über § 1. Mit ja stimmen 171, mit nein 36 Abgeordnete. (Beifall.) Der § 1 ist also angenommen; alle Abänderungsanträge sind gefallen.

Die Sozialdemokraten beantragen folgenden § 1a einzufügen:

„Personen, gegen welche Untersuchungshaft verhängt ist, oder welche sistirt worden sind, können Entschädigung beanspruchen, wenn sie rechtskräftig freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt werden. Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Angeschuldigte versucht hatte, sich dem Strafverfahren durch die Flucht zu entziehen, oder wenn er es unternommen hatte, Spuren der That zu vernichten oder jemand zu einer falschen Aussage oder dazu zu verleiten, sich der Zeugnißpflicht zu entziehen, oder wenn der Angeschuldigte durch ein unwahres gerichtliches oder außergerichtliches Geständniß der That oder durch falsche Selbstanzeige oder sonst absichtlich durch grobe Fahrlässigkeit die Einleitung oder Fortsetzung des Strafverfahrens veranlaßt hat."

Abg. Frohme (Soz.): Ueber den Gedanken, der dem vorliegenden Antrage zu Grunde liegt, haben wir uns schon des öfteren ausgelassen. Es gab eine Zeit, wo auch bei anderen Parteien des Hauses, nicht nur bei uns, der gute Wille vorhanden war, die Entschädigung auf unschuldig erlittene Untersuchungshaft auszudehnen. So hat das Zentrum sich früher in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Die Einwendungen, die gegen diese weitergehende Forderung erhoben worden, sind nicht stichhaltig. Sachlich ist die Entschädigung unschuldig in Untersuchungshaft genommener Personen noch viel begründeter, als die derjenigen Personen, die im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen werden; deren Zahl ist verhältnißmäßig gering. Unschuldig in Untersuchungshaft genommen werden sehr viele Personen. Die Untersuchungshaft kann ein Jahr dauern, und ein Unschuldiger kann durch sie noch viel schwerer geschädigt werden, als ein unschuldig Verurtheilter. Die Justizbehörden sollten überhaupt gehalten sein, die Untersuchungshaft nur mit äußerster Vorsicht zu verhängen. Es ist jetzt aber Regel: wenn man einen Verbrecher sucht, werden 20 Personen eingesperrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist aber besser, daß man 10 Schuldige laufen läßt, als daß man einen Unschuldigen festnimmt. Auch für die Entschädigung der unschuldig Inhaftirten sind in der Hauptsache dieselben Gesichtspunkte maßgebend, wie für die Entschädigung der unschuldig Verurtheilten. Uebrigens glauben wir nicht, daß wir mit unseren Anträgen durchdringen werden; aber wir halten es doch für nöthig, unseren Standpunkt hier in aller Schärfe festzuhalten; und wir bitten alle diejenigen, die unseren Standpunkt theilen, für unsere Anträge zu stimmen und sich nicht mit den Kommissionsbeschlüssen zu begnügen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding: Die Frage der Entschädigung wird bereits seit hundert Jahren diskutirt, aber stets mit negativem Erfolge. Die Anträge stehen im Widerspruch zum Prinzip des § 1, sind also unannehmbar.

Abg. Pieschel (natl.) ist im Prinzip mit den Anträgen Auer einverstanden, befürchtet aber die sich aus der Praxis ergebenden Schwierigkeiten.

Abg. Dr. v. Buchka (k.): Ich bin der Ansicht, daß die Entschädigung unschuldig Verhafteter einem viel größeren praktischen Bedürfniß entspricht, als die Entschädigung derer, die rechtskräftig verurtheilt waren. Man braucht nur an die in letzter Zeit zahlreich bekannt gewordenen Verhaftungen unbescholtener Frauen von seiten der Polizeiorgane zu denken, um zu erkennen, daß diese Sache thatsächlich dringlicher ist. Was den vorliegenden Gesetzentwurf anlangt, so ist es wohl das beste, wenn wir ihn in der Kommissionsfassung annehmen. Bei Annahme der Anträge würden wir ja doch nur zu einem negativen Resultate kommen. Ich erkläre daher namens meiner politischen Freunde, daß wir für den Kommissionsentwurf stimmen werden.

Abg. Schmidt-Warburg (Z): Die Anträge Auer haben viel zu sehr meine Sympathien, als daß ich gegen sie sprechen sollte. Aber ich werde gegen sie stimmen, um nicht das ganze Gesetz zu gefährden.

Abg. Frohme (Soz.): Ich gebe ohne weiteres zu, daß unsere Anträge im Gegensatz zu § 1 stehen. Aber uns kommt es eben darauf an, die Entschädigung für alle unschuldig Verurtheilten zu erlangen. An die unüberwindlichen Schwierigkeiten, auf die ihre Ausführung stoßen soll, kann ich nicht glauben. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß wir uns mit einer Resolution begnügen sollen. Auf den guten Willen der Regierung können wir nicht spekuliren. Wenn wir nicht Jahr für Jahr, nunmehr 19 Jahre lang, diese Sache immer wieder mit Energie vorgebracht hätten, so hätten wir noch nicht einmal den vorliegenden Entwurf. Ich bitte Sie daher, unserm Antrage zuzustimmen. (Beifall links.)

Die Anträge Auer werden darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen der Kommission debattelos genehmigt; ebenso die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, an die verbündeten Regierungen das Ansuchen zu stellen: baldmöglichst einen Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung von solchen Personen, welche mit Unrecht Untersuchungshaft zu erleiden hatten, dem Reichstage vorzulegen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Zweite Berathung der Flottenvorlage.)

Schluß 4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 22. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thielen.

Die Spezialberathung des Eisenbahn-Etats wird bei der Position „Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr fortgesetzt.

Zur Geschäftsordnung beantragt der Abg. Ehlers (frs. Vg.), alle Debatten über den Etat einstweilen in der Voraussetzung auszusetzen, daß der Minister später uns für die allgemeinen Fragen zur Verfügung steht. Der Etat könnte dann, wenn die Parteien sich einigen, in wenigen Tagen fertiggestellt werden, auch in dritter Lesung. Der Herr Präsident würde mit diesem Vorschlage einverstanden sein.

Präsident v. Kröcher würde sich freuen, wenn der Vorschlag Annahme fände, aber er ist beinahe zu schön, um Annahme zu finden.

Abg. Gamp (frk.) wünscht eine Beschränkung der Diskussion dadurch, daß eine Anzahl bestimmter Materien aus der Debatte ausgeschieden werden.

Abg. Graf Limburg (k.) hält den Antrag Ehlers für gut gemeint; aber Abhilfe gegen die langen Reden wird nur am besten zu erreichen sein, wenn eine ähnliche Befugniß des Präsidenten für die Auswahl der Redner geschaffen wird, wie sie im Reichstage besteht.

Abg. Imwalle (Z.) hat prinzipielle Bedenken gegen den Antrag Ehlers.

Minister Thielen erklärt, daß er auch später dem Hause über Fragen der Eisenbahn-Verwaltung zur Verfügung stehe. Erwünscht wäre ihm die rechtzeitige Fertigstellung des Etats, da verschiedene Zahlungen, die zum 1. April geplant waren, erst geleistet werden können nach der Fertigstellung des Etats.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Alle solche gutgemeinten Anträge haben nur die Wirkung, daß sie die Debatte unnütz verlängern. (Sehr richtig.)

Abg. Wetekamp (frs. Vp.) erklärt, gegen den Antrag stimmen zu müssen.

Der Antrag Ehlers wird hierauf abgelehnt.

In Fortsetzung der gestern abgebrochenen Debatte wünscht

Abg. Horn (natl.) eine bessere Beleuchtung der D-Züge.

Abg. Hausmann (natl.) bittet um eine bessere Verkehrsverbindung zwischen Hameln und Hannover.

Abg. Junghenn (natl.) wünscht, daß künftig die D-Züge in Hanau halten.

Abg. Dr. Haveling (Z) hat lokale Wünsche bezüglich der Eisenbahnverbindung zwischen Cleve und Emmerich.

Auf eine Anfrage des Abg. Mies (Z) erwidert Minister Thielen, daß der Neubau des Bahnhofes in Gladbach in Aussicht genommen sei; er könne aber noch nicht versprechen, daß schon im nächsten Etat eine Einstellung der Mittel erfolgt.

Abg. Lohmann (natl.) wünscht bessere Verkehrsverbindung zwischen den westfälischen Industriebezirken und Süddeutschland über Frankfurt a. M.

Minister Thielen erwidert, daß diese Strecke für den Schnellzugverkehr wenig geeignet sei.

Abg. Knebel (natl.) hält die Wünsche Lohmann's für berechtigt.

Abg. Conrad-Graudenz (frk.) bittet um eine Verbesserung der Zugverbindungen zwischen Graudenz und Berlin.

Abg. v. Knapp (natl.) bittet um Verkehrserleichterungen für die Nordsee.

Abg. Kuörcke (frs. Vp.) bespricht die Mängel bei dem Wannseebahn-Verkehr. Früher fuhr man von Zehlendorf bis Berlin 17 Minuten, jetzt fährt man 27 Minuten und wie? Die Koupees sind überfüllt; es ist für eine Dame bedenklich, auf dieser Bahn zu fahren in den überfüllten Wagen. Wenigstens sollte man Damenwagen einstellen, die hier ganz unentbehrlich sind.

Abg. Schmieding (natl.) unterstützt die Wünsche Lohmann's.

Abg. Gamp (frk.) kann dem Antrage Brömel auf Herabsetzung der Personentarife nicht zustimmen. Redner empfiehlt weitere Entwickelung der Rundreise-Fahrscheine.

Abg. Brömel (frs. Vg.) hält eine Herabsetzung der Personentarife für nöthig, wenn das preußische Staatsbahn-Wesen nicht ganz bedenklich in seiner Entwickelung zurückbleiben soll. Der Verkehr auf der Wannseebahn verstößt gegen Sitte und Anstand; auf jedem anderen Fahrzeug würde die Polizei gegen solche Zustände einschreiten. Die Durchgangswagen hat man rollende Särge genannt; mit Recht! Es fehlen in diesen Wegen Seitenthüren. Für die vierte Klasse sollte man das Mitnehmen von Fahrrädern in die Wagen gestatten. Schließlich bringt Redner lokale Wünsche zu gunsten Stettins vor.

Regierungskommissar Geh. Rath Möllhausen: Anderen Ländern gegenüber leisten die preußischen Staatsbahnen erheblich mehr. Unsere Wagen IV. Klasse bieten alle Bequemlichkeiten, sie sind wie Salonwagen.

Abg. Gothein (frs. Vg.): Vielleicht benutzen die Herrn Räthe bei ihren Reisen, statt ihrer jetzigen Salonwagen, die Salonwagen IV. Klasse. Die Gepäcktarife bedürfen der Reform. Sie sind jetzt äußerst lästig. Redner wünscht schließlich Vermehrung der Rückfahrkarten und Verlängerung ihrer Gültigkeitsdauer.

Abg. Schulz-Berlin (frs. Vg.) erörtert die Uebelstände auf der Vorortstrecke Berlin-Grünau, namentlich die Verkehrsverminderung für Baumschulenweg an den Sonntagen. Warum dort am Sonntag die Züge nicht halten können, ist nicht einzusehen, denn wenn an den Wochentagen die Züge halten können, wo der Güterverkehr stattfindet, so kann das an den Sonntagen, wo der Güterverkehr ruht, doch kein Bedenken haben. Auch in Alt-Glinicke könnten einige Züge im Interesse der Arbeiter halten. Monatskarten sollte man nicht blos vom 1., sondern auch vom 15. des Monats ab laufend, ausgeben, ebenso könnte man eine Verlängerung gestatten für die Zeit, wo die Karten hinterlegt werden und nicht benutzt sind.

Minister Thielen: Bei Anlage der Station Baumschulenweg ist von uns ein Fehler gemacht worden. Anstatt zu warten, bis die Verhältnisse genügend entwickelt waren, haben wir uns von einigen Restaurateuren bewegen lassen, die Station vorzeitig zu eröffnen. Zu ihrem vollen Rechte wird dieselbe erst kommen, wenn das dritte und vierte Geleise erst fertig gestellt sein wird. Die Entfernung zwischen Adlershof und Alt-Glienicke ist eine so geringe, daß sich ein Halten der Züge an dem ersten Orte nicht empfiehlt.

Abg. Graf Kanitz (k.) dankt dem Minister für seine ablehnende Haltung gegenüber dem Antrage Brömel, für den ein Bedürfniß nicht nachzuweisen sei und deshalb auch nicht nachgewiesen ist. Die billigen Vorortstarife fördern die ungesunde Anhäufung großer Menschenmassen in großen Städten und damit die Sozialdemokratie. Durch billige Personentarife die Entvölkerung ganzer Provinzen zu fördern, kann nicht die Aufgabe des Ministers sein. (Bravo rechts.)

Abg. Pleß (Z.) tritt dem Abg. Brömel bei. Die Ansicht des Grafen Kanitz theile er nicht; in anderen Gegenden habe man die Erfahrung gemacht, daß Tarifpolitik und Sozialdemokratie nichts miteinander zu thun haben.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Titel Personen- und Gepäckverkehr wird genehmigt.

Der Präsident ist der Meinung, daß der Antrag Brömel zunächst einer Kommission vorgelegt werden muß. Abg. Brömel hält das nicht für nöthig und erhebt gegen die Ansicht des Präsidenten über die Nothwendigkeit einer Kommissionsberathung Widerspruch. Das Haus stimmt der Meinung Brömel's über die geschäftliche Behandlung seines Antrages bei. Bei der sodann erfolgenden Beschlußfassung über den Antrag Brömel wird derselbe abgelehnt.

Es folgt der Einnahme-Titel „aus dem Güterverkehr".

Abg. Knebel (natl.) wünscht, daß sich die Tarife für die Beförderung von Obst mehr den obwaltenden Verhältnissen anpassen und Rücksicht auf die Produktion nehmen.

Abg. Wallbrecht (natl.) wünscht eine Ermäßigung der Fracht für den zur Ausfuhr bestimmten Zucker.

Regierungskommissar Geh. Rath Möllhausen theilt mit, daß Erwägungen in diesem Sinne schweben.

Sodann vertagt das Haus die Weiterberathung bis heute Abend 7½ Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages hat heute die Berathung des Etats zum Abschluß gebracht, die Matrikularbeiträge, das Etats- und das Anleihegesetz, sowie das Schuldentilgungsgesetz festgestellt. Die Matrikularbeiträge ermäßigen sich in der Spannung um 11¾ Millionen, die Gesammtsumme der Matrikularbeiträge beträgt, vorbehaltlich endgiltiger Festsetzung in dritter Lesung, 467 178 633 M. —

Postnovellen-Kommission. Die Berathung wird fortgesetzt bei Artikel 3, Ausdehnung des Postregals auf Briefe, welche innerhalb ihres mit einer Postanstalt versehenen Ursprungsortes verbleiben. Die Diskussion bewegt sich vor allem um die Entschädigungsfrage und zwar betrifft diese drei Gruppen: 1. Das Publikum, 2. die Unternehmer und 3. die Beamten und Unterbeamten. Die Entschädigung des Publikums sei bislang in völlig unzulänglicher Weise vorgesehen, für die Entschädigung der zwei letzten Gruppen hätte die Regierung nur „wohlwollende Absichten", aber keine positiven Vorschläge. Diese müßte die Verwaltung machen. Die Regierung verspricht, für die zweite Berathung solche einzubringen; jedenfalls sei auch darauf bedacht zu nehmen, daß für die Zukunft Privatbeförderungs-Anstalten einer Genehmigung bedürfen, wodurch bei event. Erweiterung des Postregals die Entschädigung in Wegfall kommen werde. — Abg. Singer findet die Vorlage zu wenig ausgereift; die Reformen seien durchaus ungenügend, um jetzt die Zustimmung des Reichstags zu erlangen. Er bittet die Regierung, an der Hand der zu tage getretenen Wünsche eine neue Vorlage auszuarbeiten und diese dem nächsten Reichstage vorzulegen. — Die Regierung glaubt, wenn die Vorlage jetzt nicht zur Verabschiedung gelange, so werde sie auf Jahre hinausgeschoben. — Bis zur zweiten Lesung sollen jedoch bestimmte Erklärungen abgegeben werden in bezug auf die einzuführenden Reformen und die Entschädigungen. Die Sozialdemokraten wünschen eine Berücksichtigung ihrer Forderungen, die sie formulirt einreichen. Sie bestehen in:

1. Herabsetzung der Ortsbriefe auf 5 Pf., bezw. bei Massensendungen auf 3 Pf.;
2. die Ausdehnung des Geltungsbereiches der Ortsbriefe auf Nachbarorte;
3. die Herabsetzung der Gebühren (Taxe) für Postkarten, Drucksachen und Waarenproben innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefe;
4. Die Postanweisungsgebühr für Geldsendungen bis zu 10 M. auf 10 Pf. herabzusetzen;
5. Beseitigung oder mindestens Ermäßigung des Bestellgeldes auf dem platten Lande;
6. Entschädigung der Privat-Postanstalten ꝛc.;
7. die Reform des Post-Zeitungstarifs in baldige Aussicht zu nehmen.

Die Regierung will diese Anträge dem Bundesrath vorlegen und s. Z. über das Resultat der gepflogenen Berathungen Mittheilungen machen.

Ein Antrag, jetzt die Verhandlungen bis auf weiteres abzubrechen, wird angenommen.

Die sechste Kommission des Reichstags beendigte heute die zweite Lesung der Novelle zur Zivilprozeß-Ordnung. Unter den heute gefaßten Beschlüssen sind zwei auf die Zwangshypothek bezügliche hervorzuheben. Die Eintragung einer solchen soll nur bei Forderungen im Betrage von mehr als 300 M., und auf grund von Vollstreckungsbefehlen im Mahnverfahren überhaupt nicht stattfinden. — Morgen beginnt in der Kommission die zweite Lesung der Novelle zur Konkursordnung.

Wahlbewegung.

In der Generalversammlung des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei im fünften Berliner Wahlkreise wurde mitgetheilt, daß Geheimrath Professor Virchow die ihm angebotene Kandidatur für diesen Kreis mit der Motivirung abgelehnt hat, daß er eine Kandidatur für den Reichstag nicht wieder annehmen werde.

Am Montag sprach Bebel in einer Volksversammlung in Frankfurt a./Oder über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Versammlung, die auf halbacht Uhr einberufen worden war, begann bereits ein Viertel nach 7 Uhr. Der Saal war so überfüllt, daß mehrere der Anwesenden Ohnmachtsanfälle erlitten und aus dem Saal gebracht werden mußten, viele andere fanden überhaupt keinen Einlaß mehr. Auch Genosse Metzner, der Kandidat des Wahlkreises, war anwesend und hielt eine Ansprache.

Die freisinnige Volkspartei in Elberfeld hat beschlossen, die Kandidatur des Herrn v. Egidy für den Wahlkreis Elberfeld-Barmen zu unterstützen. Wie der Vorsitzende mittheilte, ist der Vorstand von der Erwägung ausgegangen, daß von den Kandidaten der rechtsstehenden Parteien keiner akzeptirt werden könne. Herr v. Egidy gehöre keiner Partei an — weder offiziell noch in irgend einer Form —, es beständen auch einzelne Differenzen in rein politischen Fragen zwischen ihm und der Volkspartei, aber in den wichtigsten Fragen des politischen Lebens könne man seinen Anschauungen zustimmen, und vor allem sei er Gegner aller volksfeindlichen Bestrebungen. — Das wird aber nicht genügen, um der Sozialdemokratie den Wahlkreis zu entreißen.

In einer zahlreich besuchten Parteiversammlung in Krefeld wurde Hengsbach einstimmig als Kandidat der sozialdemokratischen Partei aufgestellt.

Vertreter der evangelischen Arbeitervereine stellten als Kandidaten für die Bochumer Reichstagswahl den Fabrikbesitzer Franken auf.

Bei einem in Insterburg abgehaltenen Parteitag der freisinnigen Volkspartei wurden folgende bis jetzt noch nicht bekanntgegebene Kandidaturen aufgestellt: für Rastenburg-Gerdauen-Friedland: Guts- und Brauereibesitzer Engelbrecht und für Angerburg-Lötzen: Landschaftsrath Scott.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung des „Bundes der Landwirthe" für den Kreis Ziegenhain (Hessen) hat beschlossen, für den Reichstag die Kandidatur des Abg. Liebermann v. Sonnenberg zu unterstützen.

Die Nationalliberalen in Gemeinschaft mit dem Bund der Landwirthe erklärten sich im Wahlkreis Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal für die Kandidatur des bisherigen Vertreters Fabrikbesitzer Freiherr v. Heyl.

Partei-Nachrichten.

In Anhalt ist es nach der Abänderung des Vereinsgesetzes unseren Parteigenossen jetzt möglich, eine einheitliche, geschlossene Organisation zu bilden. Jeder 21jährige Deutsche hat jetzt das Recht, sich einem sozialdemokratischen Verein anzuschließen, und die sozialdemokratischen Vereine ihrerseits haben das Recht, miteinander in Verbindung zu treten, also z. B. einen Landesvorstand zu wählen. Das „Volksblatt für Anhalt" fordert nun die Parteigenossen auf, zunächst die bestehenden Reichstags-Wahlvereine aufzulösen, dafür überall sozialdemokratische Vereine zu gründen und über die weitere Gestaltung der Organisation die Diskussion zu eröffnen.

Die Sozialdemokratie des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen hält ihre diesjährige Landeskonferenz am ersten Osterfeiertag in Arnstadt ab.

In Schwetzingen in Baden wurde der Parteigenosse Rey in den Bürgerausschuß gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Unter der Spitzmarke „Ein gemeiner Streich" hat die „Brandenburger Zeitung" am 10. Dezember v. J. mitgetheilt, daß über den Kassirer der deutschen Maurer-Organisation in Hamburg die falsche Nachricht verbreitet worden sei, er wäre mit der Kasse durchgebrannt, und daß ein Unbekannter noch im „Wiesbadener Tageblatt" ein Inserat veröffentlicht habe, das den Glauben erwecken mußte, der erwähnte Kassirer bereite den angeblich Geprellten den Hohn, ihnen bei seiner „Abreise" ein „herzliches Lebewohl" zu wünschen. Dieser Mittheilung war die Bemerkung hinzugefügt: „Der schamlose Bube, der das zitirte Inserat veranlaßte, verdiente in der That, daß einige kräftige Maurerfäuste ihm seine Nichtsnutzigkeit fühlbar machten." Hierin erblickte die Potsdamer Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen § 111 des Strafgesetzbuchs, nämlich die Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung, weil aufgefordert sei, dem Verfasser des Inserats eine Tracht Prügel zu verabreichen. Das Landgericht lehnte jedoch die Einleitung des Hauptverfahrens ab und legte die Kosten der Staatskasse auf. Zu Nutz und Frommen der bürgerlichen Presse, die bei der in Rede stehenden Angelegenheit eine sehr unschöne Rolle gespielt hat, sei die Begründung des Gerichtsbeschlusses hier wiedergegeben. Dieselbe lautet wie folgt:

„Als Ueberschrift des Artikels ist die Bezeichnung „Ein gemeiner Streich" gewählt. Hieraus geht hervor, daß die Handlung des Inserat-Einsenders als eine verwerfliche hingestellt sein soll. Diesen Charakter trägt sie auch in der That, wenn der Inhalt des Inserats unwahr ist. Weiter wird im Schlußsatze des Artikels der Einsender des Inserats „schamloser Bube" genannt. Auch diese Bezeichnung muß unter gedachter Voraussetzung zutreffend erscheinen. Das einzige, den Angeschuldigten vielleicht Belastende könnte nur in der Schlußäußerung des Artikels erblickt werden, „daß dieser schamlose Bube in der That verdiente, daß einige kräftige Maurerfäuste ihm seine Nichtsnutzigkeit fühlbar machten". Indeß geht aus der Fassung, namentlich dem Worte „verdiente" eine Bestätigung dafür nicht hervor, daß eine Aufforderung zur Mißhandlung des Buben ausgedrückt sei. Vielmehr erhellt aus dem ganzen Zusammenhange, dem Inhalte und dem Wortlaute des Artikels, daß durch denselben nur die tiefe Verachtung hat zum Ausdruck gebracht werden sollen über das schamlose Handeln des Buben, der durch sein Inserat einen Unschuldigen wider besseres Wissen eines Vergehens schwer verdächtigt hat, der als Bube deshalb dasjenige zu erhalten verdiente, was man einem solchen für einen schamlosen Streich zu theil werden läßt, nämlich Prügel. Deshalb ist in dem Passus „der schamlose Bube verdiente pp." nur eine Kritik und eine harte Verurtheilung der verwerflichen Handlung des Buben, welche allerdings in drastischen Worten zur Erscheinung gelangt, zu finden, nicht aber eine Aufforderung zu dessen Mißhandlung. Beim Fehlen dieses letzteren zum Thatbestande wesentlichen Erfordernisses erscheint der Angeschuldigte des ihm zur Last gelegten Vergehens nicht hinreichend verdächtig."

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Kupferschmiede hatten, wie wir seinerzeit berichteten, beschlossen, daß die einzelnen Werkstätten zunächst über die zu stellende Forderung (45 bezw. 50 Pf. Minimallohn) abstimmen sollten. Das ist nunmehr geschehen; mit 153 Stimmen hat man sich für dieselbe ausgesprochen. Darauf hat eine gestern Abend stattgehabte Versammlung beschlossen, daß jede Werkstatt ihrem Meister die Forderung bis Donnerstag unterbreiten und bis Sonnabend die Antwort desselben verlangen soll. Da, wo nicht bewilligt wird, soll am Montag die Arbeit niedergelegt werden.

Die Tischler der Bautischlerei von A. Barschall, Neu-Weißensee, Streustr. 4, haben die Arbeit niedergelegt, weil der Meister die Lohnzahlungen nicht pünktlich inne hielt. Zuzug ist fernzuhalten. Der Bevollmächtigte.

Deutsches Reich.

Ausstände der Schneider. Die Leipziger Schneider haben zwecks Regelung des Lohntarifs und Forderung der Betriebswerkstätten die Arbeit eingestellt.

In Wilhelmshaven nimmt der Ausstand einen günstigen Verlauf. Die meisten Geschäfte bewilligten den Tarif und die übrigen, die sich sträuben, haben großen Mangel an Arbeitskräften, da ihre ausständigen Gehilfen in den anderen Geschäften Arbeit gefunden haben.

Arbeitseinstellung im Baugewerbe. In Preetz haben sämmtliche Maurer die Arbeit eingestellt. Sie fordern einen Stundenlohn von 40 Pf.

Die Maurer- und Zimmermeister in Elsenach haben ihren Arbeitern eine Lohnerhöhung von 15 pCt. zugebilligt, dagegen die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden abgelehnt. Die Arbeiter haben in gut besuchten Versammlungen erklärt, von der Herabsetzung der Arbeitszeit nicht Abstand nehmen zu können.

Lohnbewegungen der Tischler. In München ist es zu einem Ausstand gekommen, an dem 250 Arbeiter betheiligt sind. Die Arbeiter hatten, ehe sie zum Streik schritten, Verhandlungen mit den Meistern angeknüpft, waren aber von diesen mit ihren Forderungen zurückgewiesen. Der Streik ist ein partieller und haben die Arbeiter der sieben größten Firmen die Arbeit niedergelegt.

In Pforzheim droht ein größerer Ausstand der Tischler, da von den Arbeitern eine Werkstatt-Ordnung, die von den vereinigten Tischlermeistern eingeführt werden soll, nicht anerkannt wird.

Gleichfalls um die Einführung einer Werkstatt-Ordnung der Innungsmeister kam es in Landsberg a. W. zu einem Ausstand der Tischler, der jetzt größeren Umfang angenommen hat.

Die Plattenleger und Zementarbeiter in Dresden treten am 1. April in den Ausstand. Zuzug ist fern zu halten.

In der Baumwollenweberei in Mittweida ist es wegen Abschaffung des Prämiensystems zu einem Streik gekommen.

In der Krimmitschauer Maschinenfabrik sind 140 Arbeiter seit dem 14. März im Ausstand. Die Arbeiter verlangten 15 pCt. Lohnerhöhung, 10 pCt. Aufschlag für Ueberstunden, zehnstündige Arbeitszeit. Die bisherigen Verhandlungen führten zu einem Zugeständniß von 5 pCt. Lohnerhöhung seitens der Unternehmer, die aber von den Arbeitern als ungenügend abgelehnt wurde. Gegenwärtig sucht die Firma an verschiedenen Orten Ersatzkräfte anzuwerben, es wird deshalb gebeten, diesen Verlockungen kein Gehör zu schenken.

Zwischen den Brauerei-Arbeitern in Stuttgart und den Brauereibesitzern ist folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden netto (13 Stunden einschließlich der Pausen) festgesetzt; sie darf nicht früher als 5 Uhr morgens beginnen. Die Sonntagsarbeit ist im Prinzip abgeschafft; die nothwendigsten Arbeiten werden auf ein Minimum beschränkt. Sonntagsarbeit, welche in die Zeit von zwei aufeinander folgenden Stunden zwischen 5 und 8 Uhr fällt, wird mit 1 M. vergütet, selbst wenn unter zwei Stunden gearbeitet wird. Für Ueberzeit-Arbeit an Werktagen ist ein Lohnzuschlag von 25 pCt., für Nachtarbeit und Sonntagsarbeit in dringenden Fällen ein solcher von 50 pCt. zu gewähren. Der Mindestlohn eines Brauers beträgt bei 3tägiger Lohnzahlung 25 M., in den ersten 14 Tagen nach dem Eintritt nur 22 M. für die Woche. Das Schlafen in der Brauerei ist aufgehoben; seine Kost nimmt der Brauer nach freier Wahl. Beiden Theilen wird vollständig freies Koalitionsrecht zugestanden. Dieses Uebereinkommen ist auf die Dauer von 2 Jahren abgeschlossen; es gilt aber bis zum 1. April 1901, wenn es nicht von einem der beiden Theile bis spätestens zum 15. Februar 1900 gekündigt wird.

Die Schuhmacher in Stuttgart haben beschlossen, am Montag, den 21. März, die Arbeit niederzulegen und nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis sich die Meister bereit erklären mit ihnen zu verhandeln. Sie fordern einen Stundenlohn von 30 bis 32 Pf. Zehn Arbeitgeber haben bereits die Forderung der Arbeiter bewilligt.

Die Färberei-Arbeiter in Mühlhausen i. Thür. haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Da die Fabrikanten bereits mehrere Streikbrecher angeworben hatten, schien die Fortsetzung des Streiks aussichtslos.

Die Görlitzer Steinsetzmeister beabsichtigen, speziell die Gesellen mit einer Arbeitsordnung zu beglücken, die dem Wortlaut nach ganz gut auch als eine Gefängnißordnung bezeichnet werden kann. Durch die Einführung derselben sollen aber auch die bisherigen sogenannten 15 Minuten-Pausen während der effektiven Arbeitszeit erheblich eingeschränkt werden, was gleichbedeutend wäre mit einer Verlängerung der Arbeitszeit um 3/4 Stunden pro Tag. Weiter behielten sich die Unternehmer in der Arbeitsordnung das Recht vor, bei nicht genügender Leistung den Lohn zu kürzen, ohne jedoch anzudeuten, was als genügende Leistung anzusehen ist. Die organisirten Steinsetzer sind fest entschlossen, die Arbeitsordnung nicht anzuerkennen und bitten deshalb um Fernhaltung des Zuzuges.

Die Tapezirer in München bitten um Fernhaltung des Zuzugs, da sie sich in einem partiellen Streik befinden.

Die Maler in Dortmund stellen die Forderung, den Stundenlohn bei 9½stündiger Arbeitszeit auf 45 Pf. zu erhöhen. Zunächst sollen Unterhandlungen mit den Unternehmern eingeleitet werden.

Der Ausstand der Maler in Wiesbaden ist beendet, und zwar auf Grundlage folgender Vereinbarung: Die Meister bewilligen: 1. Zehnstündige Arbeitszeit; 2. Einen Mindestlohn von 38 Pf.; 3. Für Arbeiter, welche noch keine zwei Jahre ausgelernt, einen Lohn von 25 Pf. und je nach Leistung höher; 4. Die vierzehntägige Lohnzahlung wird beibehalten, jedoch hat jeder Arbeiter das Recht, sich wöchentlich seinen Lohn auszahlen zu lassen. 5. Für Ueberstunden 10 Pf. und für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. Lohnzuschlag. Die Meister verpflichten sich, diese Vereinbarung durch Plakate in den Werkstellen auszuhängen. Bisher bestand die elfstündige Arbeitszeit und der Durchschnittslohn betrug 33 Pf. pro Stunde. Auf grund dieser Vereinbarung ist der dreiwöchentliche Lohnkampf als beendet zu betrachten und werden die 352 Ausständigen an die Arbeit zurückkehren. Maßregelungen sollen nach Versicherung der Meister nicht stattfinden. — Auf eine Beschwerdeschrift an das Regimentskommando, betreffend die Beschäftigung von Soldaten während des Streiks, ging den Beschwerdeführern die Antwort zu, daß in Zukunft keine Soldaten mehr zur Arbeit beurlaubt werden.

Die Magdeburger Polizei scheint dem Post-Unterbeamten-Verein eine ganz besondere Fürsorge angedeihen zu lassen. Wie der „Deutsche Postbote" berichtet, zitirte jüngst der Polizei-Inspektor Schmidt in Magdeburg einen Unterbeamten vor sein Forum, um ihn vor dem gemeinschaftlichen Bezug der Fachzeitung zu warnen. Der Herr Inspektor konnte dabei nicht unterlassen, darauf hinzudeuten, daß der „Deutsche Postbote" wahrscheinlich von sozialdemokratischer Seite Unterstützung erhalte. Angesichts dieser Vorkommnisse richtet der „Deutsche Volksbote" an das Polizeipräsidium zu Magdeburg bezw. an den preußischen Minister des Innern die offene Anfrage: 1. Ob die Vereinsversammlungen der deutschen Post- und Telegraphen-Unterbeamten dem Gesetze, oder ob sie Ausnahmebestimmungen unterliegen sollen. 2. Ob bezw. seit wann es zur Aufgabe der preußischen Polizei-Organe gehört, sich mit den Abonnementsverhältnissen der Zeitschriften zu beschäftigen. — Schließlich kann das Blatt nicht umhin, auch an die Postverwaltung eine leise Anfrage zu richten: Woher wußte der Polizei-Inspektor Schmidt, daß der betreffende Unterbeamte an dem gemeinschaftlichen Abonnement des „Deutschen Postboten" betheiligt war? —

Das Fachorgan der Schuhmacher in Gotha veranstaltet ein Preisausschreiben für I. eine Zeichnung Damen- und Herrenfußbekleidung mit Abbildung der Sohlen und Absatzformen. Der Entwurf muß einfach, geschmackvoll und praktisch sein. Es kann dabei auf vorhandene Muster zurückgegriffen werden, doch müssen dieselben verbessert sein. II. Benutzung aller Vortheile bei Herstellung einer Damen- und Herrenfußbekleidung vom Maßnehmen bis zur Fertigstellung derselben. Zur Erklärung des Textes sind bildliche Darstellungen zulässig. Der erste Preis für eine der beiden Arbeiten oder eventuell für beide beträgt 100 M., zweiter Preis 50 M., dritter Preis 25 M., vierter Preis 10 M., drei fünfte Preise à 5 M., fünf sechste Preise je ein Prachtband „Geschichte des Bauernkrieges" à 7 M., zehn siebente Preise je eine „Handwerks Ehren- und Gedächtnißtafel." Die prämiirten Arbeiten werden nicht zurückgesandt. Jede Preisarbeit ist mit einem Motto zu versehen in einem verschlossenen Kouvert, das mit dem gleichen Motto versehen ist, einzureichen; der Name des Absenders ist beizufügen.

Ein Strafverfahren wegen Verleitung zum Postenstehen ist gegen sämmtliche Mitglieder der Lohnkommission der Färbereiarbeiter in Mühlhausen i. Thür. eingeleitet.

Gegen den Vorsitzenden des Bergarbeiter-Verbandes, Möller in Bochum, und gegen den Uhrmacher Tusker in Beuthen ist von der Staatsanwaltschaft in Beuthen Anklage erhoben worden, weil sie eine angebliche Beuthener Filiale des „Górnik" und der „Berg- und Hüttenarbeiter-Ztg." nicht angemeldet haben. Da in Beuthen keine derartige Filiale besteht, erscheint die Klage völlig aussichtslos. Sie wird so enden, wie der Geheimbundsprozeß. — Die Zahl der oberschlesischen Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes ist in fortwährendem Steigen begriffen. Mehr dagegen als gegen die Personen Tusker und Möller scheint sich das Vorgehen des Staatsanwaltes zu richten.

Ausland.

Der englische Arbeitsmarkt im Monat Februar zeigte, wie die „Labour Gazette" auf grund der beim Arbeitsamte eingelaufenen Berichte mittheilt, eine bemerkenswerthe Steigerung gegen den Januar, ohne indeß die gleiche Höhe wie im Februar des Vorjahres zu erreichen. Eingegangen sind 2290 Berichte, nämlich 1648 von Unternehmern, 508 von Gewerkschaften und 134 von anderer Seite. Die 115 Gewerkvereine, die dem Handelsamt regelmäßig Bericht erstatten und eine Mitgliederzahl von 466 362 besitzen, hatten Ende Februar 20 517 unbeschäftigte Mitglieder. Das sind 4,4 pCt., gegen 4,96 pCt. Ende Januar und gegen 3,0 pCt. Ende Februar 1897. Im letzteren Monat sind 25 neue Arbeitsstreitigkeiten, die 3568 Arbeiter berührten, entstanden. Im Januar dieses Jahres waren es 28, im Februar 1897 59. — Von 9750 Personen, deren Lohn einer Veränderung unterworfen war, hatten 8550 eine Erhöhung von durchschnittlich 25 Pf. pro Woche zu verzeichnen, der Rest sah den Lohn um etwas herabgesetzt.

Sozialeß.

Zur Frage des Aufsichtsdienstes im Bergbau veröffentlicht die „Kölnische Zeitung" eine Zuschrift aus „höheren bergmännischen Kreisen". In der Zuschrift wird Stimmung dagegen gemacht, daß zur Grubeninspektion Arbeiterdelegirte verwendet werden sollen. Einerseits unterlägen die Arbeiterdelegirten der Agitation, andererseits besäßen sie, weil einseitig ausgebildet, nicht genug Kenntnisse, um, wie es für die Inspektion nöthig wäre, den Betrieb eines Werkes im ganzen übersehen zu können. An stelle der Arbeiterdelegirten wird empfohlen, tüchtige, begabte Leute aus den Kreisen der Steiger oder Obersteiger zur Grubeninspektion zu berufen; weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Markscheider, die die eingehendste Kenntniß der Gruben hätten, sich zum Aufsichtsdienste besonders gut eignen würden. Daß der Berg-Bureaukratie an der Berufung von Arbeiterdelegirten nichts gelegen sei, haben wir als selbstverständlich vorausgesetzt. Die Mittheilung der „Kölnischen Zeitung" zeigt, daß unsere Vermuthung richtig war. Es ist sonach ein nicht zu unterschätzender Erfolg der Agitation, die die organisirten Bergleute für die Verwendung von Arbeiterdelegirten bei der Grubeninspektion entfaltet haben, daß in der Mittheilung, die die „Kölnische Zeitung" aus „höheren" bergmännischen Kreisen bekommen hat, wenigstens das Zugeständniß gemacht wird, es könne allenfalls gestattet werden, daß Vertrauensmänner der Arbeiter sich an den sogenannten Kontrollbefahrungen betheiligen.

Die Gewerbe-Inspektion in Neumünster wird am 1. April nach Kiel verlegt.

Ein gemeinsames Gewerbegericht wird für die Orte Rudolstadt, Volkstedt, Schaala und Schwarza i. Th. errichtet.

Gegen den Maximal-Arbeitstag glaubt die „Bäcker-Zeitung", das Organ des Innungsverbandes „Germania", einen neuen schwerwiegenden Beweis aufführen zu können. Zwar hat sie nicht selbst die Entdeckung gemacht, sondern sie druckt wohlgefällig einen Artikel des „Deutschen Merkurs" ab, der haarscharf „beweist", daß die von den Berliner Bäckern aufgenommene Statistik über die Arbeitslosigkeit im Gewerbe dem Maximal-Arbeitstage das vernichtende Urtheil spricht. Bekanntlich ist in dieser Statistik, die auch im „Vorwärts" wiedergegeben wurde, der Nachweis geführt, daß im Bäckereigewerbe eine verhältnißmäßig große Arbeitslosigkeit herrscht. Triumphirend setzt nun hier der Artikel ein und kommt zu dem Schluß, daß die Gesellen selbst das Material dazu geliefert haben, wie wenig ihnen der Maximal-Arbeitstag nütze.

Wenn die Sozialpolitiker in der „Bäcker-Zeitung" nur ein wenig mit den Vorgängen in der Innung vertraut wären, dann hätten sie gewiß diese Argumentation nicht zu der ihrigen gemacht. Die Statistik wurde von den Bäckerei-Arbeitern aufgenommen, weil von der Konkordia-Innung in ihrem Fachorgan behauptet worden war, daß durch die Einführung des Maximal-Arbeitstages in Bäckereien die Bäckermeister den Mehrbedarf an Arbeitskräften nicht decken könnten. Darauf hat die Bäckerorganisation durch die Statistik den schlagenden Gegenbeweis geführt und die „Bäcker-Zeitung" mag sich mit dem Innungsmeister Gemeinhardt auseinandersetzen. Es erübrigt sich, auf den Unsinn einzugehen, da kein verständiger Sozialpolitiker je behauptet hat, daß durch den Maximal-Arbeitstag im Bäckereigewerbe die Arbeitslosigkeit aufgehoben werde.

Der Magistrat von Nürnberg lehnte den Antrag auf Errichtung eines städtischen Wohnungsvermittelungs-Amtes mit allen gegen eine Stimme ab. Die ob ihres „Freisinns" berühmte Stadtregierung ist der Meinung, daß derartige Dinge nicht zu den Aufgaben der Gemeinden gehörten und auch von keiner besonderen sozialpolitischen Bedeutung seien. (!) Es sei dies Sache der — — Hausbesitzervereine. Die einzige Stimme, die zu gunsten des Antrages abgegeben wurde, war die des zweiten Bürgermeisters Täubler, der erklärte, ihm erscheine die Uebernahme der Wohnungsvermittelung durch die Stadt als eine Aufgabe von eminent hoher sozialpolitischer Tragweite. Herr Täubler hat mehr sozialpolitische Einsicht als sein Kollege, der erste Bürgermeister Herr v. Schuh, der der Ansicht ist, daß die Gemeinde keine Verpflichtung habe, sich mit der Wohnungsfrage, die gerade in Nürnberg sehr brennend ist, zu befassen.

Erhöhte Löhne für Staatsarbeiter in Dänemark. Unsere Parteigenossen im dänischen Folkething hatten beantragt, den Tagelohn der Staatsarbeiter auf 3 Kronen zu erhöhen. Sie drangen mit dieser Forderung zwar nicht durch, erreichten aber, daß die Regierung in das Budget eine Summe von 86 300 Kronen für Lohnzulagen einstellte, die sich wie folgt vertheilt: Münzarbeiter 500 Kr., Arbeiter im Zeughaus 7800 Kr., Werftarbeiter 33 000 Kr., Werft-Tagelöhner 45 000 Kr., Summa 86 300 Kr.

Diese Lohnerhöhungen sollen nachträglich vom 1. März ab bezahlt werden. Die Erhöhung beträgt 20 Oere täglich. Außerdem verspricht der Finanzminister eine Untersuchung der Lohnverhältnisse der staatlichen Waldarbeiter und Bahnarbeiter, so daß auch diese wohl auf Lohnerhöhung hoffen dürfen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Weißenfels, 22. März. (W. H.) Der Provinzial-Landtag in Merseburg lehnte heute mit 61 gegen 56 Stimmen die Zinsgarantie von 25 000 M. für den Mittelland-Kanal ab.

Wien, 22. März. (W. H.) Die Parteien der Rechten beschlossen eine gemeinsame Dankadresse an den früheren Präsidenten des Abgeordnetenhauses Abrahamowicz und Dr. Kramarz.

Villach (Kärnthen), 22. März. (W. H.) In der hiesigen Gegend ist ein Wettersturz erfolgt. Es herrscht empfindlicher Frost und starker Schneefall.

Paris, 22. März. (W. T. B.) Der Senat hat mit 233 gegen 16 Stimmen die Gesetzesvorlage betreffend Erhöhung der Eingangszölle auf Schweine, Waaren aus Schweinefleisch und Schweineschmalz angenommen.

Nizza, 22. März. (W. H.) Wegen großer, in Monte Carlo erlittener Spielverluste verübte ein hier lebender englischer Rentier, namens Arrison, Selbstmord, indem er sich aus dem Fenster seiner Wohnung stürzte. Er war sofort todt.

Rom, 22. März. (W. T. B.) Deputirtenkammer. (Schluß.) Bissolati (Soz.) sagt am Schlusse seiner Rede, das Volk verstehe die Bedeutung eines politischen Verweises nicht und könne nicht begreifen, daß Politik und Moral zwei verschiedene Sachen seien. Brunetti (Linke) beschuldigt die Kommission, sie habe durch ihren Antrag auf einen Verweis gegen Crispi ihr Mandat überschritten. Sacchi (Radikaler) beantragt, Crispi vor die ordentlichen Gerichte zu stellen und eine Kommission mit einer Prüfung der Verwaltung der geheimen Fonds während der Amtsführung Crispi's zu beauftragen. Nachdem Nocito sich dagegen ausgesprochen, daß Crispi ein Verweis ertheilt werde, wird die Weiterberathung auf morgen vertagt.

Brüssel, 22. März. (W. H.) Im benachbarten Anderlecht ist heute Mittag eine große Feuersbrunst ausgebrochen. Ein großes Fabrikgebäude wurde zerstört.

Petersburg, 22. März. (W. H.) Im April werden die Chefs der mongolischen Stämme in Urga eine Versammlung abhalten, in welcher über ihre Haltung gegenüber den Vorgängen in China und ihre Stellung zu der Mandschu-Dynastie berathen werden soll.

Athen, 22. März. (W. H.) Der Prozeß gegen den des Attentats auf den König Georg angeklagten Kanditzi und dessen Genossen beginnt nächsten Monat. Es wurde kein weiterer Komplize eruirt.

Washington, 22. März. (Reuter'sches Bureau.) Der spanische Gesandte in Washington soll an seine Regierung telegraphirt haben, der Bericht der Untersuchungs-Kommission betreffend die „Maine" erkläre, die Explosion sei von außen her verursacht worden.

New-York, 22. März. (W. T. B.) Der „New York Herald" meldet aus Valparaiso: Die gegenwärtigen Mitglieder des Kabinets sind ihres Amtes enthoben und Eulojo Artimarano ist mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt worden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Märzfeier.

Zahlreiche Zuschriften aus der Provinz Brandenburg, Thüringen, der Rheinprovinz und Süddeutschland, die heute noch bei uns eintrafen, melden übereinstimmend eine äußerst starke Betheiligung an der Feier und würdigen Verlauf derselben.

Die Versammlung der Adlershofer Genossen wurde vom Amtsvorsteher v. Oppen verboten, mit der durch nichts begründeten Motivirung, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört werden könne. Dafür veranstalteten die Parteigenossen Adlershofs am Sonntag eine Gedächtnißfeier. Dieselbe war äußerst gut besucht. Genosse Kiesel aus Berlin hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung des Tages. In der daran schließenden Diskussion wurde das Verhalten des Amtsvorsteher scharf kritisirt. Was allerorts gestattet ist, im Amtsbezirk Glienicke ist es nicht möglich, am 18. März eine Versammlung abzuhalten. Ferner wurde das erheiternde Vorkommniß bei der großartigen Illumination am Abend des 18. März besprochen. Es sind nämlich sämmtliche Genossen, welche illuminirt haben, polizeilicherseits notirt worden. Zu welchem Zweck, das wird die Folge lehren; die Genossen sehen der Sache mit der größten Ruhe entgegen. Mit der Mahnung, das Andenken der Märzgefallenen hoch in Ehren zu halten, schloß der Vorsitzende mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen Hoch die Versammlung.

Aus St. Ingbert wird uns geschrieben: Auch unsere, wenn auch kleine, aber geschlossene und entschlossene Genossenschaar hatte heute, zur Feier des 18. März, im hübsch dekorirten Sälchen des Münchener Kindl sich versammelt. Unter den Dekorationsstücken befanden sich bezeichnenderweise auch die vom Genossen Dullens 50 Jahre lang aufbewahrten „Grundrechte des deutschen Volkes" aus dem Jahre 1848, geschmackvoll in den damals idealen Farben schwarz-roth-gold ausgeführt.

Die am 19. und 20. März in allen größeren und mittleren Orten der Schweiz abgehaltenen Erinnerungsfeiern an die denkwürdigen Märztage im Jahre 1848 waren überall sehr gut besucht und nahmen einen durchaus würdigen Verlauf. In Zürich referirten die Genossen Otto Lang und P. Brandt, in Bern, Genf und Lausanne: Grenlich, in Basel und St. Gallen: R. Bommeli, in Luzern und Chur: Dr. Karpeles, in Burgdorf: O. Märtens, in Horgen: Seidel, in Winterthur: Dr. Heinr. Schmidt, in Uster: Räsperli, in Glarus: Zinner, in Schaffhausen: Hauth, in Herrisau: H. Scherrer, in Baden: Wullschleger.

Kommunales.

Der Etatsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner Sitzung am Montag Abend zu dem Etat der nicht zum Personalbesoldungs-Etat gehörigen Stellen beschlossen, das Mindestgehalt der Magistratsmitglieder vom 1. April 1898 ab von 7000 auf 8000 M., und das Höchstgehalt von 11 000 auf 12 000 M. zu erhöhen. Der Etat der Gasanstalten wurde mit geringen Veränderungen und einem an die Stadt-Hauptkasse abzuliefernden Ueberschusse von 4 104 946 Mark nach dem Entwurfe festgestellt. Im Kanalisations-Etat ist die Stelle des Betriebsdirektors gestrichen worden, da der gegenwärtige Inhaber in den Ruhestand tritt und die Stelle nicht wieder besetzt werden soll. Dagegen wurde die Stelle eines Stadtbaumeisters auf Antrag des Magistrats nachträglich in den Etat eingestellt. Die Stelle des Vorstehers des Hausanschlußbureaus soll mit dem 1. Juli cr. in Fortfall kommen, der Inhaber der Stelle tritt dann zu den Betriebsinspektoren über. Der aus den Mitteln des Stadthaushalts-Etats zur Kanalisations-Verwaltung zu gewährende Zuschuß ist auf 2 242 648 M. festgestellt worden, der Etat selbst wurde in Einnahme und Ausgabe mit 13 280 154 M. angenommen.

Lokales.

Die Freie Volksbühne veranstaltet am 26. März, Sonnabend Abend 8 Uhr, für ihre Mitglieder ein Märzfest in der Brauerei Friedrichshain, mit durchweg künstlerisch gewähltem Programm. Die artistische Leitung des musikalischen Festkonzerts liegt in den Händen des Herrn Dr. M. Alfieri. Das Ensemble für diesen Abend weist eine Reihe bewährter Namen auf, deren Mitwirkung gesichert ist, z. B.: Die Pianistin Frau Emmy Bock, Sängerin Fräulein Anna Bromberg, Fräulein Marie Janner (Theater Unter den Linden), Fräulein Louise Voigt und Frau Dr. Alfieri. Alexander Heinemann, Violinvirtuose Ossip Schnierlin, Violoncellovirtuose Max Schulz, Orgel: Kapellmeister Alexander Weinbaum, Deklamationen. Das Entree kostet 50 Pf. inkl. Tanz. Eine Ausgabe von Billets erfolgt nicht; auch offene Kasse ist nicht vorgesehen, sondern haben nur Mitglieder Zutritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte, die eine neue Marke aus ihrer Zahlstelle enthalten muß. Den Mitgliedern wird empfohlen, sich baldigst eine solche Marke zu lösen, da nur eine beschränkte Anzahl ausgegeben werden kann.

Auf vielfaches Verlangen der Mitglieder haben sich der Ausschuß und Vorstand entschlossen, im April Gerhart Hauptmann's „Die Weber" zur Aufführung zu bringen. Das außerordentlich figurenreiche Stück erfordert eine so reiche Aufwendung von pekuniären Mitteln, daß der Aprilbeitrag um zehn Pfennige erhöht werden mußte. Durch Heranziehung erster Kräfte wird den Mitgliedern dafür eine durchaus gute Vorstellung geboten werden.

Im Mai gelangt im Lessingtheater Ibsen's „Wildente" zur Aufführung. Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Magistrats-Assessor Hellwig, der bisherige Vorsitzende der Kammern I und V des Gewerbegerichts, ist auf seinen Antrag von diesen Aemtern entbunden worden. Herr Hellwig tritt in die Armenverwaltung ein. Seine Stellung am Gewerbegericht wird Magistrats-Assessor Schellhorn übernehmen.

Wie wenig Sympathie der Antisemitismus in „hohen" und „allerhöchsten" Kreisen findet, zeigt wiederum eine Mittheilung, die ein hiesiges Blatt „aus der Gesellschaft" bringt. Die Neuigkeit lautet: „Die Hochzeit des Fräulein Lilli Gutmann, ältesten Tochter des Direktors der Dresdener Bank Konsul Gutmann, deren Verlobung mit Lieutenant Freiherrn v. Holzing wir bereits gemeldet haben, wird am 1. Mai in Berlin stattfinden. Mit welchem Wohlwollen dieses Herzensbündniß am badischen Hofe begrüßt wird, geht daraus hervor, daß der Großherzog von Baden vor einigen Tagen der schönen Braut einen Blumenkorb geschickt hat und daß Prinz Max von Baden, Lieutenant im Garde-Kürassier-Regiment, am 1. Mai als Brautführer Fräulein Gutmann zum Altar geleiten wird."

Werden unsere Antisemiten nun endlich in sich gehen und einsehen, daß ihr Kampf um „Reinhaltung" der germanischen Rasse nicht allein zwecklos, sondern auch unpatriotisch ist und in den von ihnen so sehr respektirten „allerhöchsten" Kreisen jedenfalls recht mißliebig vermerkt werden muß?

Der „Fall Kranfuick" fand am Montag Abend im Verein für innere Medizin eine Besprechung, gleichsam als Antwort auf die Mittheilung des Polizeipräsidenten v. Windheim an die Tageszeitungen. Sanitätsrath Dr. Kretschmer, der Hausarzt der Familie des Erkrankten, gab eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte des Falles, die sich jetzt hat genauer feststellen lassen, nachdem der Erkrankte seit Sonnabend wieder vernehmungsfähig geworden ist. Es hat sich dabei herausgestellt, daß der junge Mann auf dem Wege vom Geschäftshause der Firma Spinn u. Sohn am Schiffbauerdamm, wo er 10 Minuten nach 4 Uhr fortging, nach dem Hause Leipzigerstraße 113, wo er schon nach ½5 Uhr aufgefunden wurde, plötzlich schwindlig geworden ist, sich aber taumelnd und vielfach die Passanten auf der Straße anrempelnd bis zu seinem Endziel fortgeschleppt hat. Weiteres weiß der Erkrankte selbst nicht mehr anzugeben. Die in der Zuschrift des Polizeipräsidenten wiedergegebenen Aeußerungen, welche auf eine Betrunkenheit schließen ließen, sind ohne Zweifel bereits im Delirium geschehen. Möglich auch, daß der junge Mann unterwegs, um sich aufrecht zu erhalten, sich irgendwo einen Kognak hat geben lassen. Schon durch den Mangel an Zeit kann die Möglichkeit des Sichbetrinkens ausgeschlossen werden. Der Geruch des Erbrochenen nach Alkohol erklärt sich dadurch, daß der junge Mann, wie gewöhnlich, beim Mittagessen, das erst wenige Stunden vorangegangen war, Bier getrunken hatte. Die ärztliche Diagnose ist aus der Erscheinung der Krankheit mit Sicherheit auf sporadische Genickstarre (Meningitis cerebro-spinalis epidemica) zu stellen. Die Möglichkeit eines Schlaganfalles, die von dem Bezirksphysikus Sanitätsrath Dr. Granier amtlich geäußert wurde, ist auszuschließen. Sanitätsrath Kretschmer schloß damit, daß die neuerlich gegebene Anregung des Geh. Rath Professor v. Bergmann, daß Bewußtlose und sinnlos Betrunkene nicht auf die Polizeibureaus, sondern in Krankenhäuser gebracht werden sollen, durch diesen Fall sich als sehr beherzigenswerth erweise.

Um den in Berlin ankommenden Reisenden die Möglichkeit zu gewähren, sich die Zuführung ihres Gepäcks unmittelbar in die Wohnungen, Hotels 2c. zu sichern, so daß also Gepäckträger und Bahnhofsdroschken entbehrt werden können, hat die kgl. Eisenbahndirektion Berlin mit der hiesigen Packetfahrt-Aktiengesellschaft die folgende Einrichtung vereinbart: Die Zuführung des auf Gepäckschein abgefertigten Gepäcks kann schon auf der Fahrt nach Berlin bei dem Zugpersonal beantragt werden; zu diesem Zwecke geben die Zugschaffner unentgeltlich Antragsformulare aus, nach deren Ausfüllung die Gepäckscheine gegen Quittung abgenommen werden. Die Eisenbahn-Verwaltung veranlaßt alsdann auf dem Berliner Eingangs-Bahnhofe die Aushändigung der Gepäckstücke an die Packetfahrt-Gesellschaft, welche ihrerseits die Zuführung des Gepäcks in die Wohnungen, Hotels 2c. derart schnell besorgt, daß das in der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends hier eintreffende Gepäck regelmäßig innerhalb zweier (längstens dreier) Stunden sich im Besitze des Reisenden befindet. Das nach 7 Uhr abends (bis 7 Uhr früh) in Berlin anlangende Gepäck wird spätestens bis 10 Uhr vormittags ausgeliefert. Diese wichtige Entscheidung ist für den ganzen Post-Bestellbezirk Berlin getroffen, der auch die Vororte Charlottenburg, Friedenau, Friedrichsberg, Lichtenberg, Pankow-Schönhausen, Rixdorf, Schöneberg, Steglitz und Wilmersdorf umfaßt; nach den Vororten wird wochentäglich zweimal, Sonntags einmal bestellt.

An einer Denkmalsenthüllung, die ihm gewiß viele Freude gemacht haben wird, durfte gestern unser tapferer Oberbürgermeister theilnehmen. Es handelte sich gleich um drei Standbilder, die in der Sieges-Allee irgend welchen brandenburgischen Potentaten aus dem Mittelalter errichtet worden sind. Es soll bekanntlich noch eine ganze Menge solcher Statuen aufgestellt werden.

Knackfüßige Kunst. „Auf Befehl des Kaisers" wird das neueste Werk des Professors Knackfuß in Kassel, ein „großes historisches Gemälde", mit allen dazu gehörigen Studien im Salon Fritz Gurlitt auf kurze Zeit ausgestellt.

Das Alte und Neue Museum, die Nationalgallerie, das Museum für Völkerkunde und das Kunstgewerbe-Museum sind für das laufende Jahr während der Monate April bis September an den Wochentagen, mit Ausnahme der Montage, von 10—4 Uhr, Sonntags und an den zweiten Feiertagen von 12—6 Uhr für das Publikum geöffnet.

In den Straßen Berlins soll es noch 1025 Bäume geben, die nicht der Stadtgemeinde, sondern Adjazenten gehören. Diese Bäume werden zumeist gar nicht oder doch mangelhaft gepflegt und stellen recht oft einen traurigen Anblick zumal gegenüber ihren von den Organen der städtischen Verwaltung wohlgepflegten Nachbarbäumen dar. Um diesem Mißton zu begegnen, sollen die Adjazenten durch die städtische Verwaltung ersucht werden, die Bäume unentgeltlich in das Eigenthum der Stadtgemeinde zu übergeben.

Abermals ist ein Projekt zur Verbreiterung der Spandauerstraße zwischen Probststraße und Eiergasse auf 18 bis 20 Meter gegen einen städtischen Zuschuß von über eine Million Mark dem Magistrat überreicht worden.

Am Museumsbau auf dem alten Packhofe ist gestern einem Arbeiter das Bein zerschmettert worden, als unter Leitung eines Schachtmeisters ein Bagger transportirt werden sollte. Die Schienen glitten beim Transport um, und ehe der Arbeiter zur Seite springen konnte, fiel die schwere Maschine auf seinen Körper. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Der am Sonnabend verhaftete Kaufmann Preuß betrieb in der Frankfurter Allee in einem Keller einen Handel mit Beleuchtungsanlagen, die er meist aus der Fabrik von Heidenreich in der Frankfurter Allee bezog. Bei einem Besuche, den Heidenreich ihm am Freitag abstattete, bemerkte er im Laden eine Anzahl Waaren, die ihm gestohlen worden waren. Die Polizei verhaftete Preuß und durchsuchte seine Geschäftsräume. Hierbei stellte sich heraus, daß der größte Theil der Waaren aus den Fabriken seiner Lieferanten gestohlen sein mußte.

Ermittelungen in einem angeblichen Raubmorde, dessen sich ein Zuchthäusler beschuldigt, werden jetzt durch die Kriminalpolizei angestellt. Montag Abend trafen an der oberen Freiarchen-Brücke am Schlesischen Busch der Wachtmeister und ein Schutzmann des Reviers mit einem Kriminalbeamten und einem Arbeiter ein und begannen an dem stromabwärts auf dem linken Ufer des Kanals stehenden, zweiten Baume zu graben. Die Veranlassung dazu war das Geständniß eines früheren Schlächtergesellen, der zur Zeit eine Zuchthausstrafe verbüßt und todtkrank ist. Angeblich, um sein Gewissen zu erleichtern, erzählte er, daß er einen Engros-Schlächtermeister ermordet und ihm 80 000 M. und eine goldene Uhr geraubt habe. Beides sei von ihm an dem zweiten Baum von der Brücke aus, der auch ein Zeichen dicht unter dem ersten Ast nach der Wasserseite zu trage, vergraben worden. Thatsächlich weist der Baum, der nach Vollendung der neuen Brücke vor ungefähr zwei Jahren gepflanzt wurde, das angegebene Merkmal auf. Bis zur einbrechenden Dunkelheit hat man auf der nördlichen Seite des Baumes gegraben, bisher aber nur die Uhr gefunden. Ob auch das Geld an der bezeichneten Stelle verborgen oder vielleicht von dort schon weggeholt ist, werden die gestern fortgesetzten Arbeiten ergeben.

Zum Diebstahl in der Reichsdruckerei. Gestern ist an dritter Stelle eine dem Grünenthal gehörende Druckerpresse mit Beschlag belegt und die Wirthin Grünenthal's vorläufig in Haft genommen worden. Es ist eine Frau Eng aus der Bärwaldstraße. Sie wird bezichtigt, ihre Enkelin an Grünenthal verkuppelt zu haben. Grünenthal hat dem Mädchen 100 000 M. in Reichsanleihepapieren geschenkt.

Durch Ueberfahren ist am Dienstag Nachmittag der 27 Jahre alte Kutscher Leopold Werskowsky vom Stralauer Platz 13, der bei dem Fuhrherrn Jeaurenaud in der Alexanderstraße 44 beschäftigt ist, schwer verunglückt. Der Mann hatte auf dem Sandlager von Triesethau in der Stralauer Allee 3 eine Fuhre Kies von zwei Kubikmetern geladen. Als er seinen Sitz besteigen wollte, zogen die Pferde plötzlich an. Werskowsky kam durch den Ruck zu Falle und gerieth unter den schweren Wagen, der ihm den rechten Arm zerschmetterte. Durch Vermittelung der Rettungsgesellschaft wurde der Verunglückte mit einem Künzel'schen Wagen in das Krankenhaus Am Urban gebracht.

Feuerbericht. Dienstag Nachmittag 2 Uhr erfolgte die Meldung „Mittelfeuer", da in dem Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43, die aus Sägespänen und Holz bestehende Bekleidung des Heißwasserreservoirs Feuer gefangen hatte. Lediglich weil hier ein fiskalisches Gebäude in Frage kam, wurde ein größeres Löschungsaufgebot alarmirt. Die Gefahr selbst wurde in kurzer Zeit mit Hilfe eines Rohres der Hausleitung beseitigt, so daß die Spritzen gar nicht in Thätigkeit traten.

Aus den Nachbarorten.

Arbeiter, Parteigenossen Schönebergs! Noch einmal weisen wir darauf hin, daß die für den 5. Wahlbezirk der III. Abtheilung anberaumte Neuwahl auf Freitag, den 25. März d. J., von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr festgesetzt ist. Von unserer Seite ist wiederum der Genosse Friedrich Masuch als Kandidat aufgestellt. Soll derselbe nun aber auch diesmals als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen, dann ist es Eure Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß sämmtliche Arbeiter und Parteigenossen dieses Wahlbezirks am Tage der Wahl ihre Pflicht erfüllen. Das Wahllokal befindet sich Goltzstraße 10 (Restauration von Neumann). Sollte der eine oder andere Wähler eine Legitimationskarte nicht erhalten haben, so dient auch die letzte Steuerquittung als Legitimation. Unser Wahlbureau befindet sich am Tage der Wahl Grunewaldstraße 110 (Ernst Obst). Wir hoffen, daß sich dort Genossen, die mithelfen wollen, genügend einfinden werden. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Bei der gestrigen Gemeinderathswahl in Rummelsburg ist unser Parteigenosse Gastwirth Ritter mit überwältigender Majorität im ersten Bezirk gewählt worden. Er erhielt 298 Stimmen, während zwei Gegenkandidaten es im ganzen auf 58 Stimmen brachten. Gegen die letzte Wahl haben wir ungefähr das doppelte an Stimmen gewonnen; dies war die Antwort auf die Machenschaften der Gegner, die mit allen Mitteln die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern suchten. Im zweiten Bezirk, wo fast lauter Beamte wohnen, sind wir, wie vorauszusehen, diesmal noch unterlegen. Unser Kandidat erhielt 51, der Gegner dagegen 70 Stimmen.

Die Parteigenossen in Zehlendorf haben beschlossen, sich an der am 25. März stattfindenden Gemeindewahl nicht zu betheiligen. Dies sei hiermit nochmals in Erinnerung gebracht. Der Vertrauensmann.

Aus Rixdorf. Zwischen den in der Staats- und Gemeindeverwaltung angestellten Zivil- und Militäranwärtern ist ein erbitterter Kampf ausgebrochen, da jede dieser Beamtenkategorien sich gegen die andere benachtheiligt fühlt. Die Zivilanwärter hatten schließlich in einem geharnischten Protest gegen die vom Landrath angeordnete Ernennung von Militäranwärtern zu Gemeindesekretären Stellung genommen und diesen Protest sämmtlichen Gemeinde-Verordneten übersandt. Wegen der Fassung des Protestes hat der Landrath Stubenrauch jetzt das Disziplinarverfahren gegen die Unterzeichner des Protestes angeordnet. Dem Ausgang des Kampfes sieht man mit Spannung entgegen. — Viel besprochen wird ein Vorgang, der sich dieser Tage ereignete. Der Rathskeller-Wirth Lienig wies den bekannten Gemeindeverordneten Rahmig aus dem Lokal, weil dieser in einer geheimen Kommissionssitzung der Gemeindevertretung seine Mißbilligung darüber ausgesprochen haben soll, daß viele Gemeindebeamte einen Theil ihrer Dienststunden im Rathskeller zubrächten. Infolge dessen soll den Beamten der Besuch des Lokals während der Dienststunden streng untersagt worden sein, und dies gab dem Pächter des Rathskellers Veranlassung, den Veranlasser dieses Verbots in angegebener Weise zu behandeln. Die Sache wird demnächst nicht nur die Gemeindevertretung, sondern auch das Gericht beschäftigen, da Rahmig den Rathskeller-Wirth wegen öffentlicher Beleidigung verklagt hat.

Die Anlegung einer Haltestelle an der Monumentenstraße für die Anhalter Vorortbahn bei deren Ausbau und Einführung in den Potsdamer Ringbahnhof will die Gemeinde Schöneberg beantragen.

Einem leprakranken Ehepaare in Charlottenburg ist nach der „Polem. Korr." im Auftrage des Ministers der geistlichen Angelegenheiten 2c. eine Verfügung zugegangen, welche strenge Bestimmungen enthält über das Verhalten der beiden Kranken. Es werden ihnen folgende Verpflichtungen auferlegt: 1. Gesonderte Schlafräume, Betten, Wäsche, Eß- und Trinkgeschirre sind zu benutzen. 2. Die Mitbenutzung derselben durch Gesunde wird verboten. 3. Die benutzten Eß- und Trinkgeschirre dürfen nicht mit den von den Gesunden gebrauchten Stücken zusammen gereinigt werden. 4. Alle vorgenannten Gegenstände müssen dauernd in kurzen Zwischenräumen — etwa alle vierzehn Tage — einer Desinfektion durch die hiesige städtische Desinfektionsanstalt unterworfen werden. 5. Nach jedesmaliger Desinfektion ist die von der Desinfektionsanstalt darüber ausgestellte Bescheinigung hierher einzureichen. Welche einzelne Gegenstände zur Desinfektion gelegt sind, muß aus der Bescheinigung ersichtlich sein. 6. Die Benutzung öffentlicher Bade-Anstalten wird ganz besonders untersagt." Für den Fall der Verletzung der Vorschriften wird dem Ehepaare die Ausweisung aus Charlottenburg und dem preußischen Staatsgebiet angedroht. Die „Polem. Korr." behauptet jedoch, das Ehepaar besitze die preußische Staatsangehörigkeit; Professor Koch habe den Krankheitsfall vor zwei Jahren untersucht und als unschädlich befunden.

Soziale Rechtspflege.

Herr C. F. A. Steinberg, der Direktor der „Ersten Berliner Kravatten-Akademie", wurde aus der letzten Sitzung der Kammer II des Berliner Gewerbegerichts durch einen Schutzmann geraden Wegs nach dem Polizeigefängniß am Alexanderplatz abgeführt, um sich dort zwölf Stunden von seiner anstrengenden Thätigkeit als Kravatten-Professor auszuruhen. Er hatte, nachdem seine Klage gegen eine Arbeiterin abgewiesen worden war, ironisch zum Gerichtshof gesagt: „Ich danke schön". Und als ihm der Vorsitzende Assessor v. Schulz dies als ungehörig verwies, erklärte er wieder ironisch: „Ich danke, daß ich um eine Erfahrung reicher geworden bin." Der Gerichtshof sah das als eine Ungebühr an, die mit einer sofort vollstreckbaren Freiheitsstrafe von 12 Stunden gesühnt werden müsse.

Hunderte von Arbeiterinnen werden mit einer gewissen Genugthuung von dem Malheur des Herrn C. F. A. Steinberg, wohnhaft Kaiser Wilhelmstraße Nr. 21 im vierten Stock, Kenntniß nehmen. Ist doch der Mann der Typus einer bestimmten Gattung von Unternehmern der Schlips- und Wäschebranche, die nicht nur ihren eigenen Auftraggebern mit großem Pomp in Geschäftsbriefen und Reklamen aller Art gegenübertreten, sondern die auch zu den bekanntesten Stammgästen des Gewerbegerichts gehören. C. F. A. Steinberg ist den älteren Gewerberichtern Berlins länger als zehn Jahre bekannt, also schon aus der Zeit, wo die gewerblichen Streitigkeiten noch vor der Gewerbedeputation entschieden wurden. In den vier Jahren 1894—1897 wurde er beim Gewerbegericht von Arbeiterinnen und Lehrmädchen **47 Mal** verklagt. In derselben Zeit klagte er selber gegen Arbeiterinnen viermal und in den verflossenen 2½ Monaten des laufenden Jahres hat er wieder bereits zweimal Arbeiterinnen verklagt. Bei den von ihm eingereichten Klagen handelt es sich um Entschädigungsansprüche entweder auf grund der Gewerbe-Ordnung oder auf grund von verzwickten Lehr- und Arbeitsverträgen, in denen ungeheuerliche Konventionalstrafen vorgesehen sind. Und die Möglichkeit

zu diesen Klagen erhält er dadurch, daß es den Mädchen und Frauen, die durch vielversprechende Annoncen angelockt werden, aus den verschiedensten zwingenden Gründen unmöglich ist, es bei ihm bis zum Ablauf der vertragsmäßigen Zeit auszuhalten. Zur Illustration seien die folgenden beiden Fälle angeführt. In der Klage gegen eine Frau Herrmann verlangte er nicht weniger als 450 Mark, weil deren Tochter nur 18 Tage in der Lehre des Herrn Steinberg ausgehalten hatte, obwohl die Lehrzeit ein Jahr dauern sollte. Man bedenke: ein Jahr zum Erlernen des Kravattennähens!! Steinberg berief sich auf eine Bestimmung des mit der Beklagten abgeschlossenen Vertrages, wonach Frau Herrmann, wenn ihre Tochter vorzeitig die Lehre verließe, für jeden noch fehlenden Tag der Vertragszeit 1,50 M. Buße zahlen sollte. Die Beklagte wandte ein, das Mädchen sei in den 18 Tagen vorwiegend zum Besorgen von Gängen verwandt worden und abends mit nassen Füßen nach Hause gekommen. Auf Drängen des Richters zog Steinberg die Klage zurück. In dem an der Spitze dieses Berichtes erwähnten Falle verlangte Steinberg eine Lohnentschädigung von 18 Mark, weil die Beklagte die Arbeit aufgegeben hatte, ohne zu kündigen. Das Mädchen machte geltend, es habe im Durchschnitt nur 5 Mark in der Woche verdient und in der letzten Woche habe der Verdienst gar nur 2,87 Mark betragen. Steinberg wurde abgewiesen und verurtheilt, der Arbeiterin eine Versäumnißgebühr von 2 Mark zu zahlen. Die vielen Klagen der Arbeiterinnen gegen Herrn Steinberg sind meist auf die Herausgabe von einbehaltenem Lohn gerichtet. Viele der Klägerinnen sind durch sein Verhalten gezwungen worden, die Arbeit niederzulegen und er hat ihnen dann den verdienten Lohn, manchmal sehr geringe Beträge, unter nichtigen Einwänden vorbehalten. Nicht immer unterliegt der Herr, denn er versteht es, durch geschickte Verträge sich formell ins Recht zu setzen. Vorstehende Zeilen dienen vielleicht zur Warnung. Zum Schluß sei noch festgestellt, daß C. F. A. Steinberg nie die ihm auferlegten Gerichtskosten freiwillig zahlt; jedes Fünfzigpfennigstück muß durch den Exekutor eingetrieben werden. Und dieser Herr nennt sich auf Geschäftsbogen und in Annoncen großspurig „Direktor der ersten Berliner Kravatten-Akademie“, und ein andermal bezeichnet er seinen Betrieb als Kravattenfabrik und führt drei Abtheilungen gesondert an!

Gerichts-Zeitung.

Ein Mord aus verschmähter Liebe beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht I. Die Anklage richtet sich gegen den Koppelknecht Wilhelm Kleemann aus Hamburg, welcher beschuldigt wird, am Sonntag, den 28. November v. J., seine Jugendliebe, die im Hause Möckernstr. 85 als Wirthschafterin thätige 22 Jahre alte Margarethe Wiese durch einen Stich in die Lunge und Würgen am Halse getödtet zu haben. Die Getödtete, eine hübsche Blondine von schlanker, zierlicher Gestalt, war aus Oberbostel bei Hamburg gebürtig und hatte den Angeklagten vor Jahren in Hamburg kennen gelernt. Beide blieben in persönlichem Verkehr auch während eines längeren Aufenthalts der Wiese in London, denn Kleemann kam auch mit Pferdetransporten wiederholt nach London und hielt die Beziehungen zu ihr aufrecht. Nachdem die Wiese wieder nach Deutschland zurückgekehrt war, nahm sie Stellung als Wirthschafterin beim Zeitungsspediteur Fahsel, Möckernstraße 85 und war hier auch mit der Beaufsichtigung zweier kleiner Kinder, eines siebenjährigen Mädchens und eines sechsjährigen Knaben, betraut. Am 1. März hatte sich die Wiese mit dem Angeklagten verlobt, sie scheint jedoch keine rechte Zuneigung zu ihm gehabt zu haben und auch wiederholt roh von ihm behandelt worden zu sein und so schickte sie ihm Mitte November den Verlobungsring zurück und löste auf diese Weise das Verhältniß. Seit jener Zeit hat die Wiese von dem Angeklagten wiederholt Briefe erhalten, die direkte Drohungen enthielten. Sie reagirte darauf ebenso wenig, als auf einen Brief, in welchem er ihr mittheilte, daß er Gift genommen habe und sie vor seinem Tode noch einmal sprechen möchte. Endlich ließ sich das Mädchen erweichen, ihrem ehemaligen Liebhaber am 28. November die von ihm gewünschte Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben, da er ihr geschrieben hatte, daß er mit einem Pferdetransport nach Spanien gehen müsse und von ihr Abschied nehmen möchte. Am Sonntag, den 28. November vorigen Jahres war das Fahsel'sche Ehepaar ausgegangen; in ihrer Abwesenheit erschien der Angeklagte vor ihrer Wohnung und fand Gelegenheit, mit dem Mädchen zusammenzutreffen. Er scheint zunächst in der Hagelsbergerstraße eine längere Aussprache mit ihr gehabt zu haben und ihr in die Wohnung gefolgt zu sein. In dem nahe dem Schlafzimmer belegenen Vorderzimmer hat der Angeklagte die Wiese durch einen Stich in die Brust getödtet. Der kleine sechsjährige Hellmuth, der mit seinem Schwesterchen im Schlafzimmer im Bette lag, war durch einen Schrei des Mädchens aufgewacht, er hörte, daß an der Küchenthür, deren Scheibe klirrend zerbrach, ein kurzes Ringen stattfand und das Mädchen davonlief. Der kleine Kerl war muthiger, wie seine Schwester, die gleichfalls von dem Geräusch erwacht war, aber ängstlich unter die Bettdecke kroch und die Augen verschloß: er sprang aus dem Bette und konnte genau sehen, daß das Mädchen, von einem Manne verfolgt, in die Vorderstube lief, daß dort der Mann auf der Brust des Mädchens kniete und dann schleunigst wieder aus dem Zimmer und der Wohnung hinauslief. Der Kleine war so beherzt, nun in das Vorderzimmer zu gehen und die Margarethe anzurufen. Da diese aber keine Antwort gab, glaubte er, daß sie schliefe und ging zu seiner Schwester in das Bett zurück. Als seine Eltern gegen 8 Uhr morgens nach Hause kamen, fanden sie die Glasthür, welche vom Korridor nach der Küche führt, zertrümmert, die Wand mit Blut bespritzt und hörten nun von dem Knaben, daß die Margarethe im Vorderzimmer liege und die Augen nicht aufmachen wolle. Dort fanden dann die Eltern die Leiche der Ermordeten und benachrichtigten sofort die Polizei. Wunderbarerweise wurde an dem Finger der Leiche der Verlobungsring gefunden, den sie dem Angeklagten zurückgeschickt hatte. Kleemann ist nach der That noch in zwei Schanklokalen gewesen und hat sich dann nach Hause begeben. Dann ist er umhergeirrt und erst am nächsten Tage in der zehnten Morgenstunde gelang es, ihn in der Rostockerstraße zu verhaften. In ein Notizbuch, welches er bei sich führte, hatte er mehrere Mittheilungen über sein Verhältniß zu der Wiese eingetragen, darunter auch die, daß er sie tödten wolle, da er sie keinem anderen überlassen möchte.

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Franke, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Flickel, die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Plinzner. Es sind 14 Zeugen, darunter die beiden Kinder der Fahsel'schen Eheleute, geladen, als Sachverständige sind Sanitätsrath Dr. Mittenzweig und Professor Dr. Straßmann zur Stelle. Die Anklage lautet auf Todtschlag. Der Angeklagte, ein kräftig gebauter, hochgewachsener Mann mit hübschen, sympathischen Gesichtszügen, heißt mit Vornamen Franz Heinrich Wilhelm und ist am 13. Mai 1869 im Hannoverschen geboren. In der gestrigen Verhandlung schilderte er, daß er das Mädchen in blinder Wuth getödtet habe, während er vor dem Untersuchungsrichter ein Geständniß dahin abgelegt hat, daß er das Mädchen habe umbringen wollen, weil er nicht von ihr lassen könne. Die Zeugen, worunter auch der sechsjährige, recht aufgeweckte Knabe, schildern den Vorgang, wie vorhin angegeben.

Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig des Todtschlags unter Ausschluß von mildernden Umständen, worauf der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren beantragte.

Das Urtheil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus.

Trotz wiederholter öffentlicher Warnungen vor Preßpiraten, welche im Kriminalgerichtsgebäude ihr Unwesen treiben, gelangte gestern wiederum ein solcher Fall zur Erörterung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der 22jährige Handlungsgehilfe Edmund Davidsohn vorgeführt, welcher des vollendeten und versuchten Betruges sowie der Urkundenfälschung beschuldigt war. Am 9. Dezember vorigen Jahres hatten die K.'schen Eheleute das Unglück, vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I als Zeugen in einer Sache erscheinen zu müssen, die sich gegen ihre eigene Tochter richtete. Sie baten einen der ständigen Berichterstatter, gegen Vergütung von der Veröffentlichung des Berichts Abstand zu nehmen, erfuhren aber natürlich eine Abweisung. Da die Verhandlung etwas Interessantes für die Allgemeinheit nicht bot, so entfernte sich der Berichterstatter. Dies machte sich der Angeklagte zu Nutzen. Wie die Zeugin Frau K. bekundete, ging der Angeklagte nach Schluß der Verhandlung auf dem Flur auf sie zu und richtete die Frage an sie „Sie sind wohl die Mutter?“ Als er eine bejahende Antwort erhielt, erklärte er, daß er die Sache aufgenommen habe und sie veröffentlichen würde. Nun bat die Zeugin ihn, davon Abstand zu nehmen und fragte ihn, was sie dafür zu zahlen habe. Der Angeklagte verlangte 20 Mark, denn soviel würde der Bericht ihm vom „Lokal-Anzeiger“ und von der „Deutschen Warte“, für welche Blätter er thätig sei, einbringen. Die Zeugin sprach mit ihrem Ehemann und dieser erklärte sich nach längerer Verhandlung bereit, dem Angeklagten 15 M. zu geben, die derselbe am folgenden Tage in der Wohnung des K.'schen Ehepaares empfangen sollte. Davidsohn stellte sich pünktlich ein, nahm die 15 M. in Empfang und stellte dafür eine Quittung aus, die er mit einem fingirten Namen unterschrieb.

Zwei Tage später versuchte der Angeklagte einen ähnlichen Betrug gegen eine Frau L., welche eine Verhandlung hatte über sich ergehen lassen müssen, deren Veröffentlichung ihr unangenehm war. Ihr gegenüber bezeichnete sich der Angeklagte als Berichterstatter für das „Kleine Journal“ und andere Zeitungen. Frau L. schlug den richtigen Weg ein. Sie wandte sich direkt an die Redakteure der ihr genannten Blätter, und nachdem diese ihr erklärt hatten, daß sie einem Schwindler in die Hände gerathen sei, ließ Frau L. die Persönlichkeit des Angeklagten, als er zur Empfangnahme des Geldes in ihrer Wohnung erschien, feststellen. — Der letztere Fall wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen vertagt. In betreff des ersteren Falles hielt der Staatsanwalt nicht einen Betrug, wohl aber eine Erpressung und eine Urkundenfälschung für vorliegend, er beantragte gegen den Angeklagten eine Gesammtstrafe von sechs Monaten Gefängniß und zweijährigen Ehrverlust. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalte der Ansicht, daß die Handlungsweise des Angeklagten im hohen Grade verwerflich und gemeingefährlich sei. Für die Erpressung sei auf vier, für die Urkundenfälschung auf drei Monate Gefängniß erkannt und diese Strafen seien auf 6 Monate 2 Wochen zusammengezogen worden. Bei der Ehrlosigkeit der Gesinnung, die der Angeklagte an den Tag gelegt, seien ihm auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren abgesprochen worden.

Ein recht verständiges Urtheil ist vor einigen Tagen vom Landgericht II in einer Strafsache gegen den Malermeister Berthold Schulz aus Spandau gefällt worden. Schulz hatte am 17. November vorigen Jahres mit einem Nachtwächter Habermann einen Streit gehabt, in welchem er durch die Säbelhiebe des Beamten arg zugerichtet worden war. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Schulz wegen groben Unfugs vier Wochen Haft, sowie sechs Monate Gefängniß wegen der übrigen Strafthaten, denn es sei erwiesen, daß Schulz den Wächter ohne weiteres angegriffen hätte; wenn aber Angriffe in solcher Weise geschähen, so müsse es sich der Angreifende auch gefallen lassen, daß eine energische Abwehr stattfinde. Der Gerichtshof erachtete zunächst Verübung groben Unfugs nicht für vorliegend, da in dem ersten Renkontre des Schulz bei der Anrempelung und in seinem Verhalten danach keine allgemeine Belästigung zu finden sei; dagegen sei Schulz der Mißhandlung und Beleidigung des Habermann, sowie des Widerstandes gegen die Staatsgewalt für schuldig zu erachten. Das Gericht folgte indessen bei der Strafabmessung einer sehr milden Beurtheilung der Sachlage zu gunsten des Angeklagten mit folgender Begründung: Schulz sei der Angreifende gewesen, das sei richtig, infolge dessen müsse er bestraft werden, aber der Wächter hätte es bei dem Knebeln bewenden lassen sollen, zu einem solch' scharfen Vorgehen, wie geschehen, sei aber der Wächter nicht berechtigt, und er habe daher keine Veranlassung gehabt, den Säbel zu ziehen. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete auf eine Gesammtstrafe von 40 Mark Geldstrafe.

Das Tragen kurzer Aermel ist eine Sünde gegen das 6. Gebot. — Der geneigte Leser erschrecke nicht — diese wahnwitzigen Worte bilden nicht etwa einen neuen vom Reichsgerichte aufgestellten Rechtssatz, sondern sie geben nur die subjektive Ueberzeugung des Kaplans Antonius Jukmann in Adenau wieder, eines Mannes, der offenbar nicht ganz bei Troste ist. Von dieser Ansicht des genannten Herrn erhielt man Kenntniß in der vorgestrigen Verhandlung über die Revision desselben gegen ein Urtheil des Landgerichts Saarbrücken vom 21. Dezember v. J., durch welches er wegen Mißhandlung im Amte zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt worden ist. Am 28. Juni v. J. rief er vor Beginn der Schule ein Mädchen auf, welches kurze Aermel trug. Er äußerte dabei: „ah, da ist ja eine mit kurzen Aermeln!“ Er ließ sie fünf Katechismusfragen aufsagen und schlug sie, als sie stecken blieb, insbesondere auf die bloßen Arme. Zum Schlusse sagte er: „Das ist für die kurzen Aermel!“ In der Pause nach der Religionsstunde ließ er dieses Mädchen nicht hinaus wie die anderen, redete ihr vielmehr ins Gewissen und sagte ihr, das Tragen kurzer Aermel sei eine Sünde gegen das 6. Gebot. Dann schlug er das Mädchen wiederum. Festgestellt ist, daß das Kind noch nach sechs Wochen blauschwarze Striemen auf den Armen hatte. In der Landgerichts-Verhandlung kam zur Sprache, daß der Angeklagte in der Schule — er war erst seit kurzer Zeit im Schuldienste thätig — schon früher gegen kurze Aermel gesprochen hatte. Nach Lage der Sache war er als berechtigt (!) anzusehen, wegen kurzer Aermel zu züchtigen. Er mußte dann aber, wie das Gericht im Urtheile sagt, auf den Rücken schlagen und hat durch sein Vorgehen das ihm zustehende Züchtigungsrecht überschritten. — In seiner Revision bestritt der Angeklagte dies. — Das Reichsgericht fand jedoch keinerlei Rechtsverletzung in dem Urtheile und erkannte auf Verwerfung der Revision.

Der Koch Webers, der von dem Majoratsherrn Georg v. Arnim als Mundkoch engagirt worden war, gab vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit seine Stellung auf. Herr v. Arnim beantragte deshalb bei der Ortspolizeibehörde, sie möge W. gemäß § 1 des Gesetzes, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, vom 24. April 1854 in eine Strafe nehmen, und die Polizei kam diesem Antrage nach. Webers wandte sich darauf an das Gericht und machte geltend, das angezogene Gesetz könne gegen ihn überhaupt nicht angewendet werden, da er weder ein ländlicher Arbeiter sei, noch zum Gesinde gehöre. Höchstens könne er als Hausofficiant angesehen werden, und die Hausofficianten fielen nach § 4 des Gesetzes von 1854 nicht unter dessen Strafbestimmungen. Das Schöffengericht sprach ihn denn auch frei, die Strafkammer in Prenzlau verurtheilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe und der Strafsenat wies seine Revision als unbegründet zurück. Webers gehöre unzweifelhaft (!) in seiner Eigenschaft als Mundkoch des Herrn v. Arnim zum Gesinde, da er in seiner Stellung nicht eine selbständige und insbesondere nicht eine mehr intellektuelle Thätigkeit ausgeübt habe.

Dem „Arbeiterbund“ in Elmshorn war von der Polizeiverwaltung dieser Stadt verweigert worden, am 16. Mai eine Abendunterhaltung mit Damen abzuhalten, weil der Verein ein politischer Verein sei, an dessen Versammlungen Frauen nicht theilnehmen dürften. Beschwerden beim Regierungspräsidenten in Schleswig und beim Oberpräsidenten hatten keinen Erfolg. Der Vorsitzende Maurer Weiß klagte dann beim Ober-Verwaltungsgericht auf Aufhebung der Beschwerdebescheide und der darin aufrecht erhaltenen Verfügung des Elmshorner Polizeiverwalters. Der Oberpräsident machte gegen die Klage geltend, der „Arbeiterbund“ sei nur eine Fortsetzung des politischen Vereins „Arbeiterbildungsverein“, was daraus hervorgehe, daß er sofort nach Auflösung des letzteren gegründet worden sei. Auch wurde sein politischer Charakter schon genügend durch das Programm zu einer Weihnachtsfeier gekennzeichnet. Es hätten die gegen die Vertheilung sozialdemokratischer Flugblätter getroffenen behördlichen Maßnahmen zur Darstellung kommen sollen. Ueber politische Ausführungen in Versammlungen des Arbeiterbundes vermochte der Oberpräsident indessen nicht das mindeste beizubringen. Rechtsanwalt Herzfeld, der in der gestrigen Verhandlung den Kläger vertrat, berief sich hierauf sowie auf die Statuten des Vereins, und wies die übrigen Einwände des Beklagten als nichtig zurück. Der § 8 des Vereinsgesetzes finde nur Anwendung, wenn ein Verein bezwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. Das Gericht trat dem bei und nahm auf grund des Aktenstandes an, daß keine Thatsachen vorlägen, die erkennen ließen, daß der „Arbeiterbund“ bezwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. Das angefochtene Verbot wurde deshalb aufgehoben.

Ueber eine neue Schutzmannsrohheit wird der „Voss. Ztg.“ aus Barmen berichtet: Eines schweren Uebergriffs machte sich vor einiger Zeit der Schutzmann Karl Bußmann schuldig. Er traf nachts den Anstreicher Wilh. Deichmann schlafend auf einer Treppe, riß ihn ohne weiteres einige Stufen herunter, warf ihn auf das Straßenpflaster, nahm ihm seinen Stock weg und prügelte ihn durch. Dann nahm er ihn noch als Ruhestörer mit zur Wache. Bußmann wurde von der Strafkammer in Elberfeld zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Die Zimmerer, welche auf dem Boden der Vertrauensmänner-Zentralisation stehen, nahmen am Sonntag in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung Stellung zu dem bevorstehenden Kongreß der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands. Nach dem Referat Fischer's wurden Hinz und Schäffer als Delegirte zum Kongreß gewählt. Man sprach den Wunsch aus, daß die Geschäftskommission der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften in denjenigen Orten, wo die Arbeiter noch nicht organisirt sind, eine lebhaftere Agitation entfalten solle. Es gelangten einige Anträge zum Kongreß zur Annahme, welche besagen, daß seitens der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften für jeden Beruf ein Vertrauensmann zu wählen sei, daß in allen Orten ein Agitationsfonds gebildet werde, zu dem die Geschäftskommission auf Wunsch Marken auszugeben hat, und einen gewissen Prozentsatz von den gesammelten Geldern zur eigenen Verfügung erhalten soll. — Den streikenden Schuhmachern wurden als erste Rate 200 M. bewilligt.

Die Maurer lokaler Richtung beschäftigten sich am Montag mit dem Kongreß der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands. Nachdem die Tagesordnung des Kongresses diskutirt war, wurden Metzke, Herrfurth und Neckert als Delegirte gewählt und ein dem Kongreß zu unterbreitender Antrag angenommen, welcher besagt, das Organ, die „Einigkeit“, dem durch Beschluß des vorjährigen Kongresses gewisse Rücksichten mit der Polemik mit der anderen gewerkschaftlichen Richtung auferlegt worden sind, solle in Zukunft die Angriffe auf die Vertrauensmänner-Zentralisation in kräftigerem Tone beantworten. Ferner erklärte sich die Versammlung gegen das dem Kongreß vorliegende Projekt einer Arbeitslosen-Unterstützung und sprach sich dafür aus, daß die Wander-Unterstützung den Organisationen der einzelnen Orte überlassen bleiben soll. Das Mandat für die nach dem Kongreß stattfindende Konferenz der lokalorganisirten Maurer Deutschlands wurde den drei Kongreßdelegirten übertragen.

Holzarbeiter-Verband. In der Bezirksversammlung für Westen und Südwesten wurde die Werkstatt-Kontrollkommission durch Wachter, Sämann, Fuhlardt, Lange und Krüger ergänzt. Von einigen sogenannten besseren Werkstätten wurde die dort übliche Ueberzeitarbeit stark gerügt. Danach wurde das Verhalten des Unternehmers Naak, Kreuzbergstr. 88/89 einer Kritik unterzogen, der den vereinbarten Tarif eigenmächtig reduzirte. — Im Bezirk Osten und Nordosten wurden Arnd, Lück und Kohl als Beitragsammler gewählt. — Im Bezirk Moabit wurden nach dem Vortrag einige Vereinsangelegenheiten geregelt.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger beschloß in seiner letzten Versammlung von der Errichtung eines Arbeits-Nachweises Abstand zu nehmen. Dafür sollen im Osten und Südosten je ein Verkehrslokal bestimmt werden, wo die Arbeit vergeben wird. Für diesen Zweck wurden das Lokal von Ewald, Schönleinstraße, und das von Wilke, Andreasstraße gewählt. Hierauf wird Drechsler als zweiter Schriftführer gewählt. Aufgenommen wurden 10 neue Mitglieder.

Die Berliner Aerzte, soweit sie auf dem Boden der freien Arztwahl stehen, waren gestern Abend in den Arminsälen in der Kommandantenstraße zahlreich versammelt, um unzulässige Dinge zu besprechen, die sich bei der Besetzung der letzten Arztstellen verschiedener Gewerkschafts-Krankenkassen bemerkbar gemacht haben sollen. Dr. Mugdan trat als Referent für die freie Arztwahl ein. Die Diskussion war eine sehr lebhafte und drehte sich vornehmlich um die Schneider- und Schuhmacher-Krankenkasse. Dr. Munter führte aus, daß ein Vorstandsmitglied eine Destillation — genannt „Doktor-Börse“ — besitze, in der die Aerzte, die bei der betreffenden Krankenkasse angestellt sein möchten, verkehren müßten. In der oben genannten Kasse sei kürzlich ein Spezialarzt angestellt worden, der das Prädikat „minderwerthig“ verdiene und von seinen Kollegen sehr wenig geachtet sei. Alle diese Vorkommnisse seien aber nur durch die freie Arztwahl zu beseitigen. Es fand schließlich eine Resolution Annahme, nach der die versammelten Aerzte die Vorkommnisse bei der Besetzung der letzten Gewerksarztstelle tief bedauern. Die Versammlung verurtheilt ferner grundsätzlich das System der fixirten Kassenärzte sowie die Beschränkung der freien Arztwahl und fordert, daß bei allen Krankenkassen Berlins möglichst bald die freie Arztwahl eingeführt werde.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute Abend 8½ Uhr in G. Freytag's Festsälen, Alte Jakobstr. 75: Versammlung.

Volks-Bildungsverein in Britz. Am Freitag, den 23. März, abends 8½ Uhr, bei Torn, Bürgerstr. 4: Mitglieder-Versammlung. Die Arbeiterschaft unseres Ortes hat alle Ursache sich politisch zu organisiren, um die Reichstags-Wahlen gut vorbereiten zu können. Deshalb schließe sich jeder einzelne dem Volks-Bildungsverein an.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 26. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Aeltere und neuere Kolonialpolitik. Von K. Kautsky. (Schluß) — Gewerkvereine und Sozialdemokratie. Eine Erwiderung von C. Hugo. — Der Sozialismus eines gewöhnlichen Menschenkindes gegenüber dem Sozialismus des Herrn Bernstein. Von E. Belfort-Bax. — Kleine Briefe. — Notizen: Neues vom Fluor.

Briefkasten der Redaktion.

Die nächsten juristischen Sprechstunden finden am Donnerstag, den 25. d. M., und am Sonnabend, den 27. d. M., von 6 Uhr abends ab statt.

K. 33. Im Krankenhause am Urban.

Schl . . . g. Uns ist ein solches Institut nicht bekannt. Fragen Sie doch einmal den Herrn Rektor.

M. D. Nicht möglich.

Architekt. Die stenographirten Worte lauten: „Brief lagert unter bekannter Chiffre Postamt 33.“

Wiesa bei Greiffenberg in Schlesien. Der Ausschnitt aus dem „Hirschberger Tageblatt“ betrifft einen längst veralteten Unternehmerulk.

E. S. 1848. Kiautschau ist von Deutschland gepachtet. Der Vertrag ist auf 99 Jahre abgeschlossen. Die Höhe der Pacht ist noch nicht bekannt gegeben worden, doch soll die Summe nur niedrig sein, da der ganze Vertrag nur ein formeller ist, um einer direkten Abtretung chinesischen Gebietes auszuweichen.

Wetter-Prognose für Mittwoch, 23. März 1898.

Ziemlich kühl, zeitweise heiter, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 22. März.

Opernhaus. Lobetanz. Phantasien im Bremer Ratheskeller. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Brandenburgische Eroberungen. Ein moderner Barbar. Der Ruhmesweg. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Abschied. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Brand. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die kleine Schlange. Vorher: Die kleinen Lämmer. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Kaiser und Gattin. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Residenz. Sein Trick. Vorher: Sascha. Anfang 7 Uhr.
Neues. Spiritismus. Anf. 7½ Uhr.
Goethe. Die Kinder der Excellenz. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panoptikum. Berliner Nachtleben.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Ethnographische Ausstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Brand.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Ahnfrau.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Brand.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Ausstattungs-Novität! Sens. Novität!
Unter der Polarsonne.
Aktuelles Ausstattungsstück m. Gesang u. Tanz in 5 Bildern von C. Sudermann und Chr. Bischoff. Gesangstexte von J. Dill. Musik v. C. Schüler.
Anfang 7½ Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittag, kleine Preise: **Manuela, das böse Fräulein.** Schauspiel von Kneisel.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Mittwoch, den 23. März 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 63. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Novität! Abends 8 Uhr: Novität!
Die Stütze der Hausfrau.
Posse mit Gesang in drei Akten von F. Karl. Musik von Fritz Krause. Toni Klein: Anna Müller-Linde.
Donnerstag, zum **25.** Male:
Die Stütze der Hausfrau.
Direkte Verbindung mit dem Theater: Elektr. Bahn: Dönhoffplatz—Reichenbergerstraße in 10 Minuten.

Schluss der Saison 6. April.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Mittwoch, den 23. März 1898,
abends 7½ Uhr:
Soirée equestre.
Heute Abend: **120**
dress. Schul-, Freiheits- und Springpferde in der Manège. Außerdem: Amateur-Konkurrenz-Reiten. Wer dreimal die Manège stehend zu Pferde umreitet, erhält **eine Prämie von 50 Mark.** Kavallerie zu Fuß, höchst kom. Intermezzo. Auftreten aller neu engagirten Reitkünstl. und Künstler, sowie sämmtlicher Klowns.
Zaragoza.
Orig. Manège-Schaust. d. Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weibl. Fanfarenbläser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen, Donnerstag: **Gr. brillante Vorstellung.** Benefiz für den beliebten Klown Boganowski. Auf vielf. an m. ergang. Gesuche habe ich mich entschlossen, am **Sonntag, den 27. d. M., nachm. 4 Uhr,** den einzig dastehenden pompösen **grünen Akt** mit d. brennend. Schloß zu geben.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge

Passage-Panoptikum.

Vorletzte Woche!
Berliner Nachtleben
Komödie in 12 pantomimischen Scenen mit Gesang und Tanz.
Vorher:
Theater Variété.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Ohne Zweifel das beste Spezialitäten-Programm, welches in Berlin geboten wird.
Nur Kunstkräfte.
Lola, Juanita u. Fuensanta Bernal, Spanien's schönste Sängerinnen und Tänzerinnen.
Susi Suzette,
eine reizende Kostüm-Soubrette.
Rossini-Trio, das musikalisch-excentrische Dreigestirn.
Harry Allister, der grösste Mimiker.
Die Herkulesse der Neuzeit **Bros. Paxton.**
Karl Wilhelm,
ein zweiter Reutter-Maxstädt.
Anfang ½8 Uhr. Entree 50 Pf.
Reichshallen-Tunnel:
Täglich: Doppel-Konzert und Soirée.
Heute: **Bockbierfest.**

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand Hotel Alexanderplatz.
Des grossen Erfolges wegen noch einige Tage:
Der Lumpenball.
Pinke: Leonhardy Hoskel.
Grosses Spezialitäten-Programm.
Anton Sattler.
Lola Carlson,
Max Walden, Adolina Zeth etc.
Anfang 8 Uhr. — Entree **15** Pf.
In Vorbereitung: Der Mord am Alexanderplatz und König Heinrich (Possen).

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Unser modernes Berlin.
Volksstück mit Gesang in 4 Bildern von L. Ely.
Hauptrollen: Ella Richter. Robert Dill. Grete Gastoni. Rudolf Schauss. Klara Hayn. Otto Wendt.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Freitag, den 1. April:
Benefiz Rudolf Schauss.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Wiener Zoologisch. Garten
Aschanti-Dorf
Javaner-Dorf
Geöffnet von 11–10 Uhr.
Vorstellungen allstündlich 2–9.
Entree **50** Pf.
Kinder und Militär 25 Pf.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden **Sonntag, Dienstag** und **Donnerstag:**
Gr. Extra-Theatervorstellung
Die Erbschleicherin
oder: **Unser Sabinchen.**
Schwank in 4 Akten von C. Paul.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Empfehle allen Genossen und Bekannten mein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal** nebst grossem **Vereinszimmer.** Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. [2529b
Max Fahrenwald,
Warschauerstr. 68.

Budapester

Possen- und Operetten-Theater
Kaufmann's Variété
Direktion: Gebr. Herrnfeld.
Heute und folgende Tage:
Der an Sprühfeuer von Witz und Komik einzig dastehende Donat u. Anton Herrnfeld'sche Schwank
Von Dreien
der
Glücklichste
Vorher das brillante März-Spezialitäten-Programm.
Professor Robert, Wienecke's, Forré, Fischer, Elsa Ancion etc.
Neu! Die aus 8 Pers. bestehende Russische Gesangs- und Tanz-Truppe **Neu!**
„Original Samarowa"
zum ersten Mal in Deutschland.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Emilia Persico
Ida Heath. Fischer & Wacker.
Signor Salerno.
Bonhaire-Troupe
etc. etc. etc.
Kassenöffnung 6½. Anf. 7½ Uhr.

Renn-Programm.
Internat. Sportsaison
Jockey-Hindernis-Reiten.
Engl. Ringelstechen
Damen-Wettlaufen
Amerik. Dreibeinlaufen
Rad-Wettfahren
Damen-Tauziehen
Deutschland geg. England jeden Abend bis zur Entscheidung in
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel
Neues
Olympia-Riesen-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse
The jolly british girls
und das neue **März**-Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Beginn d. Rennen 8¼ Uhr.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Novitäten-Programm.
Reiseabenteuer (Schwank) | **Der Mormone** (Posse.)
Hanny Nelson, Marg. Nasadowska
Origin.-Tyrolienne. Kostümsoubrette.
Miss Olga,
Equilibristin.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Avis! Donnerstag, den 24. März: Grosse Gala-Benefiz-Vorstellung für den beliebten Konzertsänger **Franz Romberg.**

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Runenstraße 42/43.
Heute und folgende Tage:
Auftreten des
Direktors Richard Winkler.
Im Wartesalon 1. Klasse.
Ernst von Wallbach: Richard Winkler.
Dazu das erfolgreiche Riesen-März-programm.
5 neue kolossale Schaunummern.
Miss Ada Risson, schönste Tauben-Königin. **Mr. Alexandro Salino,** der Mann mit der eisernen Haut. Das größte Wunder der Welt! **Theodor Billing,** Parforce-Turner am festen Reck.
Lebende Photographien
in höchster Vollendung.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Freikarten haben Gültigkeit.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
In Zossen.
Fortsetzung von: **Alle 5 Barrisons.**

Cösliner Hof

Cöslinerstr. 8, 3 Minuten vom Bahnhof Wedding, empfiehlt seine **Säle** (bis 1200 Personen fassend) **Sonnabends u. Sonntags** unentgeltlich an Vereine. 61/17*

Nähmaschinen, 1296b
Afrano, Adlers Schnellnäher, Ringsch. all. Systeme. Theilzahl. Wrangelstr. 181.

Achtung! Genossinnen und Genossen. Achtung!

Am Montag, den 28. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lips):
Projektions-Vortrag mit 160 Lichtbildern
des Herrn Dr. Wilh. Meyer (fr. Direktor der „Urania")
über: **„Die Reise nach Spitzbergen."**
Einlaßkarten à 20 Pf. sind in folgenden Geschäften zu haben: Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a; Fritz Jubell, Lindenstr. 106; Dieke, Ackerstr. 123; Pinner, Treskowstr. 36; Lietzke, Schwedterstr. 33; Späth, Georgenkirchstr. 67; Schroller, Landwehrstr. 3; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Elbingerstr. 9 (Ecke Cotheniusstraße); Adolf Hoffmann, Blumenstr. 14; Fritz Wilke, Andreasstr. 26; Jabel, Frankfurter Allee 90; Franke, Friedrichsbergerstr. 11. [1/16]
Die Vertrauensperson.

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung

Sonntag, den 27. März 1898, vormittags 11½ Uhr,
im grossen Saale der „Brauerei Friedrichshain" (früher Lips)
am Königsthor.
Tages-Ordnung:
1. Organisation und Klassenkampf. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse **Dr. Lütgenau.** 2. Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission und Wahl der Delegirten zu derselben.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht 85/3
Der Einberufer: Albert Wachs.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, 25. März, abds. 8 Uhr, im Louisenst. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:
Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
Unsere Forderung für das Jahr 1898 und wie können wir dieselbe am besten durchführen?
Im Interesse der gesammten Kollegenschaft muß es liegen, diese Versammlung zu besuchen.
131/20 **Die Lohnkommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Heute, Mittwoch, abends 8¼ Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20/21:
Vertrauensmänner-Versammlung für sämmtliche Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
1. **Unsere Taktik bei Werkstattstreiks und die Aufgaben der Vertrauensmänner.** Referent Kollege **Manss.** 2. **Die Forderungen der Bodenleger.** 3. Werkstattstreiks und Differenzen. 78/20
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt einen Vertrauensmann zu entsenden. **Die Ortsverwaltung.**

Beim **Quartalswechsel** empfehlen sich folgende

Partei-Speditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 p. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gaßmann, Grünthalerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Pestalozzistr. 34, Quergeb. part. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringerstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstraße 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Albrechtstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Rich. Ulbricht, Marienthalerstraße 18, I.
Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegen genommen.**
Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.

Der Stolz der Hausfrau

ist eine **blendend weiße Wäsche.** Diese wird am sichersten erzielt durch die Verwendung des echten [7/4*
Dr. Thompson's Seifenpulvers
zum Waschen und Bleichen, wobei die Stoffe mehr geschont werden, als bei jeder anderen Waschmethode, auch viel **Mühe, Zeit und Geld** erspart wird.
Man achte auf die Schutzmarke **„Schwan".**
Zu haben in den meisten **Droguen-, Seifen-** und **Colonialwaarenhandlungen.**

Möbel auf Theilzahlung

und ganze **Wohnungs-Einrichtungen**
bei **bescheidener Anzahlung**
und auf **Jahre** hinaus vertheilten Ratenzahlungen. | Lagerbesichtigung erbeten. **Kein Kaufzwang.**
Coulanteste und beste Bedienung.
Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht
Stets enormes Lager vom einfachsten bis feinsten Genre.
Central-Möbel-Halle
Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands.

Filiale Berlin.
Sonnabend, den 26. März:
Versammlung
in **Feind's** Salon, Weinstraße 11.
Abends 9 Uhr.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl.
2. Bericht des Delegirten von der Generalversammlung in München.
3. Werkstattangelegenheiten u. Arbeitsnachweis.
4. Verschiedenes.
99/7 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse

der
Cigarrenmacher u. Cigarren-Sortirer und deren gewerbl. Hilfsarbeiter.
Mittwoch, den 30. März,
abends 8 Uhr,
im Restaurant Röllig, Rosenthalerstraße 11/12:
General-Versammlung
Tagesordnung:
Vorlegung des Jahres-Berichts. Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Jahresrechnung. Berathung und Beschlußfassung über das neue Statut. Anträge. Berichte.
2524b **Der Vorstand.**

Danksagung. [2528b
Allen Freunden und Bekannten für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Töpfers **Hermann Drescher,** insbesondere dem Gesangverein „Deutscher Männergesang" meinen herzlichsten Dank. **Pauline Drescher.**

Die Beleidigung, die ich am 12./3. in der Werkstatt und im Lokal gegen K. Buckisch ausgesprochen habe, nehme hiermit zurück. **H. G. Schulz.**

Dr. med. Paul Bernstein
wohnt jetzt **Skalitzerstr. 142, I.**

Theilzahlung monatl. 10 Mk. liefert **Herren-Garderobe** nach Maaß **Tomporowski, Stralauerstr. 56** (Laden).

Umzugshalber Muschelmöbel spottbillig Rosenthalerstr. 4, III. l. [2526b

Fahrräder, erstklassiges Fabrikat,
Reparatur-Werkstatt **Franz Stange,**
Oppelnerstr. 7, 1 Tr.

Nieft's Fest-Säle
Weberstr. 17, ca. 1000 Pers. fass., Sonnabend, 26. März, 2. April und Palmsonntag **frei.** [4450L*

Grosse Betten 11,50 M.
Kompleter Stand, enthaltend:
Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen
für **11,50, 13,50, 16,50, 19,50.**
Doppeltgereinigte
Bettfedern und Daunen
von **50 Pf. pro Pfund** an bis zu den feinsten Qualitäten.
Bettstellen zu allen Preisen!
R. & S. Moses
4. Reinickendorferstr. 4, an der Markthalle. [4536L*
Rudolf Moses,
41. Metzerstrasse 41.

Proben und Preislisten portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung Berlin W., Leipzigerstr. 132/33.

Kurzwaren

Wäschebörtchen, Stück = 10 Meter 25, 32, 42 Pf.

Taillenverschluss 8 Pf.

Strumpfbänder mit Schleife, für Damen 75 Pf.

Amerikanische Schweissblätter, Paar 42 Pf.

Gurtbänder, Satin, mit Kante Stück = 10 Meter 65 Pf.

Tricotagen

Normalhemden, für Herren, Maco, 4 Grössen 1,45, 1,60, 1,70, 1,80 Mk.

Beinkleider, für Herren, Maco, 3 Grössen 1,20, 1,30, 1,45 Mk.

Herren-Socken, Maco 22, schwarz 25 Pf.

Damenröcke, gestrickt 1,30 Mk.

Korsettschoner mit dreimal Banddurchzug 38 Pf.

Kinderstrümpfe, schwarz, Fuss ohne Naht

für ca.	1	2	3	4-5	5-6	6-7	7-8	8-10	10-12	12-14 Jahre
	42	50	55	60	65	70	75	90	95 Pf.,	1 Mk.

Putzartikel

Spitzenschleife mit Gazeband, alle Farben 70 Pf.

Damenwesten, bedruckter Perkal 70 Pf.

Damenwesten, weisser Batist mit Plissé 1,10 Mk.

Kinderhüte, Mull mit Strohkopf 95 Pf.

Warenhaus A. Wertheim

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perls. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [4041L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Möbel,
Spiegel u. Polsterwaaren reell, zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermstr.
Rixdorf, Richardstraße 116, am Denkmal. *

Margarine
kaufen Sie für 50 und 65 Pfg. à Pfund hochfein und frisch [4420L
Markthalle
Dresdenerstr., Stand 200—201, und Plan-Ufer 96, a. d. Kottbuser Br.
A. Bothe (Gegr. 1884.)
Versandt nach allen Stadttheilen.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben Putzger, Steglitzerstr. 65.

Die Möbel-Fabrik
von **P. Nolte, Zionskirchstr. 40,**
empfiehlt ihr reichhaltiges Lager vollständiger Wohnungseinrichtungen sowie einzelner Möbel. Theilzahl. gestattet. *

Betten Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Portièren, Chaiselongues, Tischdecken.
Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Regulatoren, Reisekoffer, Operngläser, spottbillig Pfandleihe Neanderstr. 6.

---

4. Ziehung d. 3. Klasse 198. Kgl. Preuß. Lotterie.
Ziehung vom 22. März 1898.
Nur die Gewinne über 160 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthesis beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

6 36 86 138 299 345 403 10 503 41 86 94 829 80 914 1047 61 221 48 70 83 394 433 [200] 753 877 956 97 2045 217 76 329 467 632 719 [200] 92 955 3054 72 100 440 97 514 747 821 942 98 4045 83 101 268 75 86 391 416 520 60 85 712 66 937 66 5145 87 322 38 59 66 79 430 830 61 6142 293 [300] 537 85 643 55 [500] 751 833 936 7032 120 31 281 [200] 455 642 50 8061 151 77 93 309 12 58 412 92 97 504 604 97 855 59 67 907 9058 267 304 430 70 511 656 854 922

10104 90 274 361 463 767 852 [200] 64 917 11076 226 331 87 434 548 803 89 921 12040 80 257 324 615 44 938 90 13010 14 66 565 748 92 14188 534 15068 122 202 9 342 70 487 [800] 549 607 74 765 894 987 16074 152 200 65 408 744 849 979 17049 60 73 106 [illegible] 316 602 14 95 776 98 832 952 18009 150 344 [300] 535 605 29 742 62 858 93 960 19041 148 234 454 522 684 91 826

20045 125 238 60 64 431 [300] 666 83 714 837 82 21000 196 247 61 350 527 610 61 889 93 22066 127 222 346 477 625 62 966 23024 57 109 51 75 288 335 88 552 614 795 901 24122 279 316 81 492 564 608 855 90 25076 316 18 62 403 512 89 608 829 911 26002 213 553 773 27005 60 214 24 423 506 21 721 78 904 [200] 48 65 28190 366 434 39 793 890 996 29040 62 148 86 243 [300] 640 736 46 965

30022 190 96 364 512 604 48 799 31086 312 79 50 63 697 871 956 [200] 32067 659 86 759 60 73 864 91 947 33035 69 116 83 [200] 201 71 [200] 364 531 60 718 63 59 976 85 34259 368 498 605 9 852 35011 59 243 390 584 655 [1500] 755 36226 466 93 542 717 47 866 905 88 96 37494 514 725 51 810 910 80 38083 109 12 47 367 726 886 980 39041 49 121 [200] 251 304 90 [300] 426 878 939 90

40204 59 337 457 518 625 745 896 959 41146 278 327 52 91 417 39 501 [200] 35 791 850 [3000] 958 42015 71 216 433 42 63 524 46 703 77 878 949 53 63 43009 300 471 627 39 811 39 49 44123 30 310 428 694 741 921 73 45057 110 52 566 627 785 46056 151 231 354 590 777 800 65 963 47242 447 528 48212 16 330 451 516 87 618 953 49199 319 42 79 426 36 546 53 94 729 68 845 953

50174 [200] 833 54 795 849 924 99 51057 166 381 628 85 948 52468 810 951 56 79 53058 69 183 217 28 302 457 568 90 692 998 54212 28 58 59 515 84 653 55 59 71 703 802 [200] 57 87 938 55024 34 42 78 86 332 33 [200] 434 38 44 53 593 757 846 966 85 94 56065 262 93 357 [300] 441 55 58 [300] 627 618 57137 70 316 85 449 61 518 30 80 729 804 58103 35 85 205 312 31 403 20 98 544 648 71 86 90 706 802 59023 42 767 904 930

60000 5 81 299 451 [500] 589 743 813 [200] 944 61279 398 442 61 555 62 64 83 683 995 62052 104 450 527 80 667 81 63122 40 286 455 73 712 823 946 64151 281 478 534 77 635 80 700 52 803 65017 114 241 374 436 533 56 602 44 68 772 836 955 66006 115 33 74 257 [200] 327 74 425 35 36 600 826 910 67014 17 114 312 80 405 59 806 15 71 910 38 [200] 68176 277 88 845 61 95 619 53 81 87 702 [200] 15 24 94 883 69260 68 397 465 99 732 95 849 53

70128 87 266 330 495 632 713 48 52 63 850 930 71001 72 [200] 194 224 416 598 742 988 72071 128 210 85 567 657 733 94 878 73007 [200] 39 129 81 284 420 30 505 70 627 734 46 96 854 978 74028 43 158 75 229 300 2 50 418 756 85 854 63 89 75005 39 76 [200] 230 32 671 793 832 76128 309 621 63 848 92 [200] 987 77048 212 364 91 549 686 753 [200] 883 78088 294 312 70 86 [200] 435 78 539 49 712 890 922 38 58 79238 358 499 520 64 82 811 58

80001 119 63 71 227 83 91 348 91 600 843 81009 98 215 53 388 409 39 619 42 881 82182 86 202 318 26 29 438 654 701 56 63 835 52 83074 184 216 361 443 660 705 84075 113 323 65 427 67 76 572 679 86 736 97 910 36 [200] 81 85351 62 73 [200] 79 446 [300] 546 733 41 896 86039 307 [1500] 420 90 [200] 565 69 71 679 [200] 783 813 937 87079 156 205 393 549 603 742 822 909 29 88014 395 545 695 765 66 821 35 95 89069 322 613

90207 12 20 32 58 98 [200] 315 734 876 80 919 50 91060 81 154 334 54 473 622 53 766 919 28 90 92179 205 23 97 320 45 451 582 64 666 723 31 835 949 [200] 93046 167 227 51 357 409 541 768 91 906 55 94012 14 100 4 243 347 61 564 751 867 83 955 95108 209 456 503 64 812 13 38 949 93 96114 82 257 [300] 83 96 395 402 586 727 839 902 97089 146 335 38 403 38 831 921 98193 286 309 34 98 427 562 614 28 812 99113 34 220 387 [200] 511 67 709

100429 88 506 619 755 101048 237 38 82 86 362 71 427 510 53 78 607 35 737 837 75 102180 222 76 94 346 47 69 85 480 571 74 97 679 103026 61 91 98 161 345 425 645 96 733 78 847 104126 34 42 285 398 563 702 12 938 70 79 105212 372 471 74 88 708 835 988 106096 261 86 469 697 744 50 67 70 830 41 87 916 49 66 107187 312 461 65 565 692 803 86 925 32 74 108191 420 519 765 85 847 109014 28 219 85 325 450 545 644 110157 84 235 354 84 619 34 42 708 [300] 54 71 111071 417 539 634 724 75 88 846 52 112029 185 92 238 93 426 517 42 722 [300] 113095 114 68 307 14 52 475 798 828 84 95 957 114044 71 72 197 247 304 24 492 568 705 36 861 931 69 115089 206 33 35 515 66 640 714 19 88 814 915 116317 485 96 675 79 712 65 917 57 98 117007 341 [200] 419 50 91 694 908 118019 226 303 91 632 61 76 815 [200] 70 72 75 119006 [200] 160 94 324 43 47 490 614 31 948

120164 73 209 389 91 466 648 59 88 712 32 829 62 121034 271 321 39 53 594 630 69 775 122023 139 257 418 48 522 602 88 754 843 905 94 123015 105 311 499 612 39 807 22 63 124166 431 55 70 87 534 749 830 63 [500] 125116 212 73 654 802 68 94 942 77 126058 109 34 259 408 91 555 774 852 63 937 51 98 127087 130 [200] 93 221 [200] 79 98 358 415 572 606 39 98 737 847 84 955 61 71 78 128052 198 226 327 420 606 33 910 92 129153 291 409 43 660 95 98 779 97 975

130012 399 417 57 563 675 131143 336 53 523 711 942 44 132089 118 262 94 383 417 520 615 89 768 133126 30 274 387 402 721 55 857 990 134010 137 66 271 361 652 738 989 135186 256 94 473 697 814 82 136027 33 187 320 32 33 [200] 463 69 521 137066 74 411 42 51 651 [200] 735 48 805 6 940 49 138036 359 471 84 610 24 754 876 925 139103 59 62 81 272 371 76 89 439 575 78 96 671 84 724 [500] 83 875 927

140019 111 389 431 76 89 517 40 609 28 49 763 76 853 92 904 5 33 141111 244 384 459 500 656 86 142160 449 520 640 720 53 87 143014 41 156 424 583 658 747 925 37 144082 370 504 37 643 812 49 74 940 145116 90 465 805 6 26 35 146356 513 736 147010 19 274 419 49 60 502 20 21 821 59 148084 150 261 317 49 90 573 678 968 149020 34 [200] 73 186 75 213 327 451 517 61 72 678 86 902

150038 188 291 407 531 608 721 862 971 151023 375 415 518 82 654 847 77 915 152079 111 [200] 379 613 790 91 153059 251 96 393 402 575 609 57 725 917 19 154133 [200] 221 301 17 49 472 546 62 816 63 901 155084 342 490 552 686 770 86 156115 48 315 31 60 [200] 679 977 [200] 157167 72 99 367 420 39 60 589 666 733 832 990 158117 36 87 375 652 723 859 71 901 53 159043 50 69 166 316 87 409 38 583 746 [500] 89 902 19 30

160043 57 151 316 441 560 685 892 161060 199 307 31 425 65 582 648 991 162114 200 95 306 669 739 91 906 163233 452 654 91 731 861 164091 98 210 35 364 75 407 548 606 71 806 84 165212 3:0 547 [200] 61 676 969 93 166483 584 627 820 23 63 [300] 922 33 70 86 167026 106 9 12 90 418 575 851 942 168077 [200] 125 80 88 322 55 586 91 612 80 825 46 943 49 92 169135 39 251 [300] 431 90 506 699 717 45 95 97 813 905 18

170161 254 92 432 691 723 97 891 92 968 171061 80 174 873 95 663 68 708 172023 33 128 [3000] 212 390 435 586 779 813 77 937 51 91 173013 58 186 255 72 434 544 798 818 80 97 174119 35 334 44 58 471 605 29 41 794 955 88 [300] 175129 202 572 818 32 75 929 33 176010 549 704 81 818 68 913 177139 82 217 378 501 749 806 913 31 178061 89 212 20 394 507 39 657 765 179202 405 33 506 76 90 97 645 79 720 28 867 946 79

180005 8 26 193 315 57 802 181027 42 53 108 21 294 331 406 22 637 81 771 [200] 831 928 67 97 182235 452 563 845 64 928 183036 168 203 58 60 98 336 51 60 70 410 537 812 78 184040 58 227 383 185024 110 28 32 258 325 75 452 667 94 711 63 81 89 804 52 917 71 78 186042 62 97 204 392 426 648 708 919 86 187223 570 663 751 188128 48 72 812 22 970 189145 394 473 546 60 799 812

190107 74 291 430 514 43 44 84 645 793 97 923 [1500] 191062 308 71 76 77 495 529 59 610 91 [200] 854 989 192047 107 19 20 70 77 304 492 533 893 96 193056 94 304 44 499 656 95 97 788 91 913 55 77 91 194090 218 80 332 417 42 66 570 942 58 195021 22 264 86 524 80 97 759 85 966 196050 144 223 91 328 45 517 29 663 701 35 62 64 871 83 197006 28 368 615 25 709 940 53 70 198043 117 248 52 698 739 63 64 199239 388 446 503 607 827

200048 184 494 527 93 854 929 36 89 201048 113 209 44 465 67 510 58 [500] 979 202038 152 269 393 486 573 620 72 727 810 44 75 98 203011 85 123 63 823 [500] 48 529 34 37 65 826 30 966 204135 361 692 722 26 55 819 205265 514 616 54 71 700 38 946 206067 298 388 502 61 92 665 781 805 92 96 997 207146 54 219 62 302 34 89 611 83 849 934 208042 125 75 277 364 491 502 616 70 739 209067 124 54 207 316 91 97 456 547 61 70 906 [300] 55 83

210005 139 285 443 593 603 4 43 711 34 47 846 931 [200] 89 211005 181 304 31 466 518 672 790 833 35 73 935 80 95 212185 317 32 48 492 575 690 737 908 [200] 54 213030 [200] 148 74 370 567 86 99 838 952 88 214009 20 82 355 423 73 940 215185 240 363 930 216183 200 356 440 47 540 611 87 758 903 23 217219 28 58 416 36 500 834 49 88 992 218007 180 395 97 514 698 791 863 943 219197 278 390 572 690 737 61 826 93

220116 280 488 513 17 52 751 862 960 221037 41 165 66 86 250 398 528 670 735 49 823 222074 107 72 218 433 501 647 719 34 43 223058 88 245 485 712 82 224188 94 389 591 95 657 80 710 871 970 225125 28 83 247 96 390 509 83 96

Die Ziehung der vierten Klasse der 198. Königlich Preußischen Klassenlotterie beginnt am 12. April 1898.

Möbel und Polsterwaaren. Franz Tulzauer, Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.
Vom 1. April 1898 ab: N. Brunnenstrasse 152.

Eine Zuckerin-Tablette
zu 2 Pfennig
ist so süss, dass der Süsswerth von
1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig
kostet. **1 Liter Kaffee zu versüssen kostet nur 1 Pfennig.**
Man verlange ausdrücklich „**Zuckerin**"-Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten **gerieften** Form zu erkennen ist.

Zu haben bei:

Berlin N.
Central-Drogerie Dr. E. Kuhlmann, Friedrichstrasse 134. G. A. Hesterberg, Elsasserstr. 97 und Luisenstr. 39. Aug. Schönebeck, Zehdenikerstrasse 1. P. Recollin, Reinickendorferstr. 26a. H. Boesefeld, Reinickendorferstr. 14 und 29. Hugo Schultz, Müllerstr. 166a. Werner Kapell, Brunnenstrasse 118. Albert Ramhold, Prinzen Allee 18. Albert Haseloff, Wriezenerstr. 30 und Biesenthalerstr. 15. Hermann Schusdziara, Exercierstrasse 22. Albert Jung, Wörtherstr. 39 und 28. Hugo Staab, Marienbad-Drogerie, Badstr. 45/46. F. W. Helmholz, Templinerstr. 7.

Berlin NW.
Hoffmann & Schinke, Thurmstr. 77. Sally Fabian, Drog. z. Burggrafen, Bachstr. 11. Rudolf Fink, Thurmstr. 10. E. Klüber, Stromstr. 62. Emil Hauke, Bandelstr. 11 und Dreysestr. 18. Babel & Hauke, Wilsnackerstr. 38. Hermann Gornick, Rathenowerstr. 79.

Berlin W.
J. C. F. Schwartze, Leipzigerstrasse 112. Curt Winger, Markthalle, Mauerstrasse. W. Marzahn, Potsdamerstr. 16. F. L. Harnisch, Potsdamerstr. 22. G. Wendler, Matthäikirchstr. 10. A. Freitag, Potsdamerstr. 82. Lützow-Apotheke, Lützow-Platz. Eugen Gowin, Linkstr. 37.

Berlin SW.
Heinrich Rottmann, Blücherstr. 15. Paul Löschen, Fürbringerstr. 18. W. Richter, Halleschestr. 15. H. Dölle Nachf., Kommandantenstr. 39.

Berlin S.
Hugo Welter, Kottbuserdamm 42. O. Knauth, Kommandantenstr. 30. W. Ebel, Prinzenstr. 6 u. Gitschinerstrasse 58. R. Seebe, Alte Jakobstr. 71. Albert Gehrke, Bärwaldstr. 53.

Berlin SO.
J. Schulze. Lausitzerstr. 5/6. A. Peglow, Reichenbergerstr. 53, Reichenbergerstr. 1, Kottbuserstr. 4a und Görlitzerstr. 66. Gustav Wittig, Pücklerstr. 41 und Eisenbahnstr. 41/42. A. Wegener, Muskauerstr. 13. Theodor Lott, Manteuffelstr. 119.

Berlin O.
Adolf Wolff, Holzmarktstr. 68. Theater-Drogerie, Wallnertheaterstr. 18. F. Kornstädt, Blumenstr. 14. H. Schmidt, Andreasstr. 77b.

Berlin C.
Fr. Schulz, Alte Leipzigerstrasse 16. R. Sauer, Kaiser Wilhelmstr. 47. Albert Tannhäuser Nachf., Breitestr. 18.

Charlottenburg.
Ad. Schädler, Pestalozzistr. 10. E. Zimmerling, Kantstrasse 150a.

Gr. Lichterfelde.
H. Kuhnert, Drakestrasse 56a und Dahlemerstrasse 77. E. L. Grothe, Jungfernstieg 4.

Reinickendorf.
G. Sonnenstuhl, Provinzstr. 105.

Pankow.
Hugo Lautenbach, Wollankstrasse 135. Gebr. Hartung, Breitestr. 16.

Rummelsburg.
Reinhold Passeck, Goethestrasse 45. Hermann Kalisch, Türrschmidtstr. 1.

Spandau: Otto Nowack.

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. *
Olga Jacobson, Invalidenst. 145.

Betten
von 10 M. an, Mandarinen-Daunen 2,35 M., Bettwäsche, Steppdecken, Gardinen spottbill. Lucke's Bettenhaus, Neanderstr. 8. Versandt p. Nachnahme.

Milchkübel,
Kannen, Satten, Butternmaschinen 445L* Jordan. N. Marktusstr. 28.

Vorkost-, Obst-, Gemüse-, Holz- u. Kohlengeschäft Umstände halber billig zu verk. Holzmarktstr. 38. [2522b

---

Heut und folgende Tage der Woche:
Lebende Hechte pro Pfund 60 u. 70 Pf.
Lebende Karpfen pro Pfund 70 u. 80 Pf.
Lebende Schleie grossmittel pro Pfd. 90 Pf.
Prima frischen Zander pro Pfund 40 u. 50 Pf.
Prima frische Schellfische pro Pfund 20, 25 u. 30 Pf.
Pa. frischen Cabliau pro Pfund 20—30 Pf.
Pa. frische Rothzunge pro Pfund 40 Pf.
Pa. frischen Seelachs pro Pfund 20 Pf.
Pa. frischen Seelachs Ausschnitt, pro Pfd. 30 Pf.
Prima frische Scholle gross, pro Pfund 40 Pf.
Pa. frische Flundern pro Pfund 25 Pf.
Pa. rothfl. gefr. Lachs pro Pfund 70 Pf.
Pa. rothfl. gefr. Lachs Ausschnitt, pro Pfund 90 Pf.
Alle anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu niedrigsten Tagespreisen.
16 Dragonerstrasse 16
Otto Gundermann, Fischgrosshandlung.

Wegen Räumung.
Gardinen und **Stores** [45082*
crême und weiss fabelhaft billig.
— Gardinen-Lager —
J. Adler
Spandauerstraße Nr. 30, gegenüber dem Rathhause.
Gardinen-Abbildung gratis u. franko.

Möbel.
Passende Gelegenheit für Brautleute: Schützenstr. 2 sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Einrichtungen schon von 150 bis 300 M., hochherrschaftlich 500 bis 2000 M., Nußbaum- und Mahagoni-Kleiderspind, Verticous 35, Bettstellen, Federboden, Keilkissen 25, Sophas 25, Tische 8, Stühle 3, Spiegel 10, Küchenspind 18, Paneelsophas 80, Trumeaux 50, Coniffentische, Buffets, Salongarnitur 75 M., Schreibtische, Garderobenspind, Chaiselongue. Niemand sollte versäumen, wer gut u. reell kaufen will, durch Besichtigung meiner Möbel von der Billigkeit sich zu überführen. Theilzahl. gestattet.

Arbeitsmarkt.

Barockvergolder u. **Farbigmacher** für bessere Sorten verl. **Barthels,** Goldleistenfabr., Gr. Frankfurterstr. 84.

Farbigmacher w. verl. Oranienstr. 119.

Vergolderer, Farbigmacher verlangt 2531b Reinhardt, Büschingstr. 4.

Geübten Arbeiter an der Schraubendruckbank sucht [2525b J. Hirschhorn, Köpnickerstr. 149.

Eine alleinstehende Frau od. Mädchen sof. ges. Oranienstr. 187, Kreutzenstein.

Drechsler-Lehrling a. g. Holzarbeit verl. A. Prinz, Mehnerstr. 7, v. II r.

Packer verlangt **Ruthenberg.**

Kartonarbeiterinnen,
geübte, finden dauernde Beschäftigung. **Markusstr. 50.** 2608*

Putzfedern.
Junge Mädchen zum Lernen bei dreimonatl. Lehrzeit u. sofortigem Gehalt verlangt 1212b
Adolf Rosen, Gertraudtenstr. 23.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobsy in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.